

Vormärts

Berliner Volksblatt.

SW Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 Mk. monatlich, 1.10 Mk. vierteljährlich, 3.50 Mk. halbjährlich, 6.50 Mk. jährlich. Einmalige Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements 1.10 Mark pro Monat. Eintragungen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Frankreich und Österreich-Ungarn 2.00 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepaltenen Anzeigen oder deren Raum 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Anzeigen und Anzeigen für den Handel 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt gewöhnliche Anzeigen 20 Pf. (jeweils 20 Zeilen). Jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer werden bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 6. Juni 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 1981.

Die nationale Einheitschule.

Als Hauptthema ihrer diesjährigen Tagung in Kiel hatten die deutschen Volksschullehrer „Die nationale Einheitschule“ auf die Tagesordnung gesetzt. Ein zeitgemäßes und der deutschen Lehrerschaft würdiges Thema! In und wieder hatte man auch schon auf früheren Kongressen an der Frage herumgestochert, aber dabei war meistens die Einheitschule mit der allgemeinen Volksschule verwechselt worden, und diese wiederum hält man im wesentlichen für erreicht, sobald die Vorschulen abgeschafft sein würden.

Beseitigung der Vorschulen und Einheitschule — ein himmelweiter Unterschied! Dennoch liegen beide auf der gleichen Bahn: das eine am Anfange, das andere am Ende. Wie weit wir aber noch von diesem schönen Ende entfernt sind, beweist am besten die aufreizende und erbitternde Tatsache, daß noch einmal der bescheidenste Anfang gemacht worden ist. Noch sind wir die Vorschulen, diese misslichen Nichts-als-Standesschulen, diese bezeichnende Konzeption des Klassenstaates an die herrschende Klasse, nicht nur nicht los, sondern sie schieben immer üppiger ins Kraut, und zu ihnen gesellt sich als funkelneulene Konzeption des Klassenstaats an die bedorrechteten „Stände“ die Mittelschule.

Damit soll beileibe nichts gegen das Bestreben der Volksschullehrer, für die Einheitschule in eindrucksvoller Demonstration und mit weit schallenden Worten einzutreten, gesagt sein. Im Gegenteil! Das laute und freundliche Bekenntnis zu ihr wird umso mehr zur Pflicht aller wahren und echten Schulfreunde, je eifriger die offenen und verstedten Schulfreunde offen oder heimlich gegen die vorrückende Einheitschule Dämme aufwerfen. Aber es ist doch notwendig, sich über den tatsächlichen Stand der Dinge klar zu werden, damit man das gute Werk nicht am falschen Ende anpackt.

Das ist zum Teil in Kiel geschehen. Kerchensteiner, der über die Frage der nationalen Einheitschule referierte, ist ohne Zweifel ein überzeugter Freund dieser Forderung. Das beweisen seit Jahren seine Worte und bis zu einem gewissen Grade auch seine Taten als Münchener Stadtschulrat. Bei der Lösung seiner Aufgabe mühte er sich fragen, ob er durch seine Ausführungen in erster Linie die Lehrerschaft oder die breitere Öffentlichkeit packen und überzeugen wollte. Solange man nur auf seine schon seit Wochen vorliegenden Leistungen angewiesen war, mußte man annehmen, daß er sich um die größere Öffentlichkeit nicht zu kümmern beabsichtige. Die Leistungen waren sehr lang und dabei so sachwissenschaftlich geschraubt, daß selbst Lehrer jeden Satz öfter als einmal lesen mußten, um ihn zu verstehen. Kerchensteiner bemühte sich darin, die philosophisch-pädagogischen Gründe für die Einheitschule aneinanderzureihen.

In seinem mündlichen Referat hat Kerchensteiner sich, wie die Berichte ergeben, frischer und ungezwungener ausgesprochen, so daß seine Thesen verständlicher werden. Aber immerhin bleibt doch auch seine Rede in erster Linie ein Appell an Fachleute, und eben deshalb wird sie dem Ohr der breiten Öffentlichkeit weniger verständlich sein.

Wäre aber diese Wirkung im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gerade die wichtigere und wünschenswertere gewesen? Wir sind leider noch sehr weit von der Verwirklichung der Einheitschule entfernt. Da ist es fürwahr eine reichlich überflüssige Bemühung, schon jetzt Einzelheiten der späteren Organisation zu erörtern. Gewiß muß auch das sein. Aber das kann in Schriften und in der Fachpresse geschehen. Auf einem Lehrerkongress, der von nahezu zehntausend Menschen besucht ist, auf dem eine eingehende Spezialdiskussion nicht möglich ist, der hauptsächlich nur Kardinalforderungen der Lehrerschaft in weit sichtbarer Festschrift aussprechen kann, kann man nicht einen Streit um Besonderheiten in Rede und Gegenrede austragen. Das verdirrt nur die Beteiligten und die Freunde und ergötzt die Feinde. Um so notwendiger ist die Beschränkung auf das Grundsätzliche und auf die großen Linien, wenn es sich um eine Forderung handelt, deren grundsätzliche Richtigkeit gerade von den mächtigen Feinden höhnisch angefochten wird und die selbst von vielen ihrer Freunde nur von weitem und platonisch geliebt wird, während sie ihr sofort die kalte Schulter zeigen, sobald die Verwirklichung der Forderung von ihrem guten Willen abhängt.

In der Debatte hat der bekannte liberale Schulpolitiker Leos der Sache wenigstens ein kleines Schellchen umgehängt, indem er aus sprach, daß diese Frage vor allen Dingen eine politische Frage ist. Und in der Tat: das ist sie heutzutage weit mehr als eine pädagogische, philosophische, psychologische oder staatsrechtliche. Vor dieser leidigen Tatsache aber hat Kerchensteiner die Augen verschlossen, obwohl es für ihn als einen liberalen Reichstagsabgeordneten nahegelegen hätte, das Problem gerade von dieser Seite aus zu zwingen. Aber vielleicht ist seine politische Erfahrung, besonders seine Erfahrung als Reichstagsabgeordneter und Mitglied einer liberalen Fraktion, für ihn gerade der bestimmende Grund gewesen, sich vom Boden der Tatsachen und der unbequemen politischen Gegenwart zu flüchten in das lustige Gebiet der Theorie und teilweise sogar der Fadsimpelei.

Die nationale Einheitschule! Wer tritt denn außer den Lehrern und einigen bürgerlichen Ideologen für sie ein? Nur die Sozialdemokratie! Nur die Arbeiterklasse

und die von ihr erstrebte Gesellschaftsordnung hat ein unmittelbares und unbedingtes Interesse an der großen einheitlichen Schulorganisation, die lediglich nach den unzweideutigen Richtlinien des gesellschaftlichen Wohls und damit auch des Wohls des einzelnen eingerichtet ist. Eine einheitliche und doch im Innern mannigfaltig gegliederte und allen Bedingungen und wertvollen Neigungen entgegenkommende Schule, die beim Kindergarten anfängt und mit der Universität endigt, die alle Kinder einschließt und sie alle mit gleicher Liebe bis zu ihrer höchsten körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit entwidelt, in der nur eines nicht geduldet wird: die Unwissenheit aus Faulheit; eine solche Schule steht nur im Schulprogramm der Sozialdemokratie. Keine bürgerliche Partei bekennet sich zu ihr. Wenn es doch hier und da einmal in Feststimmung mit patriotischen Worten geschieht, so steht dem die alle Einwände niedererschmetternde Tatsache entgegen, daß selbst der fortschrittlichste Liberalismus dort, wo er die Macht in Händen hat und wo er seine Schulforderungen rechtlos verwirklichen könnte, das gleiche Klassen- und Ständeschulwesen unterhält, wie es in den Staaten besteht, in dem der Liberalismus als hoffnungslose Widerstandsarmee mit vollen Backen die rückständigen Schulzustände angreift und dafür die Einheitschule verlangt.

Natürlich werden wir auch die Einheitschule der Zukunft nicht über Nacht beiseite bekommen. Natürlich wird auch um sie noch heftig gerungen werden, und in diesem Kampf sind alle kleinen Siege und Vorteile mitzunehmen. Was auf dem Wege zur Einheitschule liegt, ist gut und erstrebenswert, möge es im einzelnen eine Sache der Gemeinde, des Staates oder des Reiches sein. Die Sozialdemokraten werden an allen Orten und zu jeder Zeit in diesem Sinne in Zukunft ihren Mann stehen, so wie sie es bisher getan haben. Wie oft sie dabei den fortschrittlichen und insofern liberalen Vorwärtstreibern müssen, dafür liegen sich zahllose Beispiele erbringen. Gerade Kerchensteiner wird auch darüber ein Vordien zu singen wissen; wenn er in seiner Münchener Heimat irgendeine Schulreform im Sinne der Einheitschule geplant hat, so werden die Münchener Sozialdemokraten dabei gewiß jedesmal seine zuverlässigsten Helfer gewesen sein. Ob auch die Liberalen immer so zuverlässig und hilfsbereit gewesen sind, darüber spricht sich Kerchensteiner vielleicht noch nachträglich aus. Vielleicht auch über die Erfahrungen, die er mit der fortschrittlichen Reichstagsfraktion gemacht, so oft es sich im Reichstage um kleine Fortschritte auf dem Wege zur nationalen Einheitschule handelte.

Es ist gut, daß die deutschen Volksschullehrer sich einmütig für die Einheitschule ausgesprochen haben. Es wäre besser gewesen, sie hätten daneben klar und entschieden auch die Wege aufgezeigt, die zunächst zum Zweck ihrer Verwirklichung geschritten werden müssen: Beseitigung der Klassen- und Ständeschulen, die die Ursache der heutigen Massenschule sind, Demokratisierung des Staatswesens, Selbstbestimmung des Volkes!

Die erste Vorbedingung dazu in unserem vreußisch regierten Deutschland aber ist die Beseitigung der Dreiklassenwahlrecht und die Einführung des gleichen Wahlrechts.

Ohne ein freies Wahlrecht in Preußen gelangt Deutschland nie und nimmer zu einer nationalen Einheitschule!

Die französische Ministerkrise.

Paris, 5. Juni. (Privattelegramm des „Vormärts“.)

Die Schwierigkeiten bei der Kabinettsbildung liegen darin, daß Viviani im Einvernehmen mit dem Elisee eine Konzentration der bürgerlichen Republikaner vorzieht, was jedoch der vorgeschriebene scharfe Beschluß des radikalen Volkskongresses verbietet. Viviani schied darum aus seiner Kombination Dupuy aus, die aber immerhin noch gemäßigte Elemente einschließt. Denn er nimmt Raynaud für den Ackerbau und für den Handel Thomson in Aussicht, die beide zur Gruppe Clemenceau gehören. Dies würde auch das Finanzkapital beruhigen. In der Militärfrage forderte Bourgeois den Ausschluss auch einer unverbundlichen Formel über die Reform der Dienstzeit und lehnte schließlich das Portefeuille des Auswärtigen ab, weil Viviani diese Bedingung nicht annahm. Die neue Regierung dürfte schwerlich um solche Erklärungen herumkommen. Fraglich ist nur, ob diese mehr auf die bessere internationale Lage oder auf die organisatorischen Reformen im Heere verweisen werden.

Der „Radical“ schreibt in einem Artikel, eine Regierung mit gemäßigter Tendenz wäre direkt eine Herausforderung der Linksparteien. Die gemäßigte Presse dagegen malt, russische Blätter zitierend, eine Gefährdung der Allianz, auch nur im Falle moralischer Erschütterung der dreijährigen Dienstzeit an die Wand. Clemenceau erklärt die Errichtung einer Volkswehr als Zukunftsmusik, weil die dazu nötige Erziehung fehle und so lange unüberführbar sei, als die europäischen Fragen noch durch das Schwert entschieden werden. Jaurès fragt dagegen, ob Clemenceau, der gestern noch die Dienstdauer entsprechend den Kräften des Gegners als chernes Geschick bezeichnete, wolle, daß Frankreich mit seiner stehenden Bevölkerung zu einer etwa vier-

oder fünfjährigen Dienstzeit übergehen solle, wenn Deutschland sein erwartendes Kontingent einstellt.

Die letzten Nachrichten über die Kabinettsbildung zeigen an, daß eine starke Linksschwenkung sich vollzieht. Außer Bourgeois scheiden aus gleichen Gründen Venizel und Lebrou aus. Viviani übernimmt nunmehr selbst das Auswärtige. Er trägt Combes das Portefeuille des Unterrichts an. Sein Eintritt würde den Kampfscharakter des Ministeriums verstärken, da Combes sofortige Maßnahmen für den Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit und die Entfernung aller reaktionären Generalführer für notwendig erklärte. Combes dürfte aber aus Gesundheits- und Familienrücksichten ablehnen.

Die Antrittsrede des Kammerpräsidenten.

Paris, 5. Juni. In seiner Antrittsrede in der Kammer brachte Präsident Deschanel seine lebhafteste Dankbarkeit zum Ausdruck, die er für die Schöpfer der glücklichen Wende dankt, die man in Marokko feststellte. Er schloß seine Antrittsrede mit folgenden Worten: Wenn wir auch verschiedener Ansicht sind über die Mittel, Frankreich stark zu machen, so können doch unsere Ansichten über die Pflicht, es stark zu machen, nicht auseinandergehen. Mögen wir in unseren Beratungen nur den einen Gedanken und die eine Leidenschaft haben: die Macht unseres geliebten Vaterlandes. Eine Schwächung Frankreichs zuzulassen, wäre ein Unglück für die Zivilisation und eine Gefahr für den Frieden.

Der Schluß der Rede wurde von einem großen Teil der Linken, namentlich im Zentrum und der Rechten mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Der Sozialist Baillant rief: Nieder mit den drei Jahren! worauf der Nationalist Bernard den Ruf: Es leben die drei Jahre! ausstieß, was abermals lebhaften Beifall erregte.

Huldigungsfragen.

Unter diesem Titel schreibt die „Münchener Post“ in Uebereinstimmung mit unseren gestrigen Ausführungen:

In der bürgerlichen und einem Teil der Parteipresse wird mit einem Eifer, der zu der unerheblichen Sache in keinem Verhältnis steht, der Fall erörtert, daß unsere Reichstagsfraktion diesmal in der Weise sich der Kaiserhuldigung für den Kaiser entzog, daß sie sich nicht zeigte, anstatt sich vorher ihrer parlamentarischen Tätigkeit zu entziehen.

Unsere deutschen Liberalen, die, je weniger sie es bisher verstanden haben, Politik zu treiben, desto mehr sich auf ihre Tanzmeisterkultur seiner Sitte und diplomatischen Taktik einbilden, reden von sozialdemokratischer Geschmacklosigkeit. Es handelt sich hier gewiß auch um eine Frage des Taks, aber sie liegt dort, wo sie nicht gesehen wird. Es ist durchaus taktlos, daß unsere deutschen Parlamente auf ihrer Kriegervereinsseite beharren, die verschiedenen Reichs- und Landesherren anzuhören und dadurch eine große parlamentarische Partei (und die geschmackvollen Leute in den bürgerlichen Parteien) in die Lage zu bringen, ob sie sich an einer für sie leeren Demonstration formell beteiligen sollen (und sie innerlich dadurch verböhnen) oder ob sie sich auf irgendeine Weise eine Gegen-demonstration leisten, die an sich der Nähe nicht wert ist. So viel vom Takt.

In Parteikreisen sind hier und da auch sachliche Bedenken, grundsätzliche Erwägungen gegen das neue Verfahren geltend gemacht worden; und diese Darlegungen scheinen uns in jeder Hinsicht verfehlt. Gegen die bisherige Übung des Davonlausens war sicher vieles einzuwenden; es ist nicht der mindeste Grund vorhanden, warum unsere Fraktion vor einer Demonstration das Feld räumen soll. Widerstrebt uns die „Putsch“, so bleibt nur übrig, ob wir mit den anderen stillschweigend (wie für einen Toten) uns erheben oder den bürgerlichen Parteien den Ausdruck ihrer monarchischen Begeisterung überlassen.

Man sagt, wir verlegen durch unser Eigenbleiben die monarchischen Gefühle der anderen. Wir gestatten uns zu bemerken (ganz abgesehen davon, daß auch die 111 die Verächtlichkeit ihrer Gefühle verlangen können), daß wir an die Echtheit der monarchischen Gefühle nicht glauben, die gerade so weit reichen, als die geschäftlichen Interessen der herrschenden Klassen geschätzt sind. Wir glauben auch deshalb nicht daran, weil die geschichtliche Erfahrung lehrt, daß diese angeborenen Gefühle sofort spurlos verschwinden, wenn die Staatsform sich ändert.

Wichtiger ist der Einwand, daß gerade wir — aus unserer ganzen Weltanschauung heraus — keinen Anlaß haben, gegen die Person des Monarchen zu demonstrieren. Gegen die Person richtet sich natürlich solche Ablehnung einer Huldigung nicht. Wohl aber ist bei den deutschen Verfassungsverhältnissen der (unpersönlich gedachte) Träger der Krone durchaus nicht wesentlich. Anders wäre es natürlich, wenn wir das parlamentarische System hätten; dann wäre es in der Tat ausdrücklich und lächerlich, den durchaus unverantwortlichen Repräsentanten des Landes durch irgendeine Handlung zu treffen. In Deutschland aber wählt der Monarch seine Regierung, ohne und gegen seinen Willen kann keine Politik getrieben, kein Gesetz gemacht, keine Verwaltungsmaßnahme getroffen werden. Der Träger der Krone ist, unter den gegenwärtigen Verhältnissen, tatsächlich der Perantworliche der Gesamtpolitik, ihn trifft insbesondere auch die Verantwortung, daß ein Drittel des deutschen Volkes als nicht gleichberechtigt behandelt, entrechtet wird. Hier aber ist die Grenze; man kann einer großen Partei nicht zumuten, sich an einer Huldigung, in noch so abgeblähter Formalität,

Gewerkschaftliches.

Kein Grund zum Jubeln im Zentrumslager.

Aus den verschiedensten Ursachen, vornehmlich aber infolge der wirtschaftlichen Krise haben im Jahre 1913 eine Anzahl Arbeiterverbände einen Mitgliederverlust zu beklagen gehabt. Dieser Verlust hat die freien und auch die christlichen Gewerkschaften betroffen. Anstatt diese Tatsache zuzugeben, erweckt namentlich die Zentrumspresse in letzter Zeit den Anschein, als hätten nur die freien Verbände einen Mitgliedererfolg erlitten, die christlichen hingegen nicht. Daß die Zentrumspresse bei ihren Darstellungen obendrein mit den ihr geeignet erscheinenden Glosse nicht zurückhält, versteht sich am Bande. Da ist es nun doch einmal angebracht, wiederzugeben, was ein katholisches Arbeiterorgan über den Rückgang der freien Gewerkschaften zu sagen hat. Der in München erscheinende „Arbeiter“ beschäftigt sich in seiner Nr. 2 mit dieser Frage und führt u. a. aus:

„Der Mitgliedererfolg der freien Gewerkschaften wird demalen auch in ernsthaften Blättern mit einer Ausführlichkeit behandelt, die uns im umgekehrten Verhältnis zur Bedeutung dieses Rückgangs zu sehen scheint. . . . Jedenfalls halten wir den Jubel der bürgerlichen Presse über diesen Rückgang zum mindesten für verfehlt. Die freien Gewerkschaften haben im letzten Jahrzehnt einen so starken Aufschwung gehabt, daß sie diese Verluste, die mehr oder weniger nur durch die Wirtschaftslage verursacht sind, wirklich leicht ertragen können, ohne in ihrer Macht einzubüßen. Solange die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht noch mehr erstarbt und ihre Propaganda von der nationalen Presse nicht noch mehr betrieben wird, ist unseres Dafürhaltens kein Grund zum Jubeln vorhanden.“

Die Zentrumspresse mag von diesen Darlegungen Notiz nehmen. Sie jubelt in der Tat zu früh, denn eine Anzahl Verbände, die besonders stark unter der Krise und anderen mißlichen Erscheinungen zu leiden hatten, sind längst wieder im Vormarsch begriffen, so daß voraussichtlich das Jahr 1914 die Mitgliederverluste vom Vorjahr reichlich wett machen wird.

Berlin und Umgegend.

Krankenkassenvorstands-Vertreter,

Arbeitnehmer!

heute

Sonnabend, den 6. Juni, vormittags 11 bis nachmittags 2 Uhr, findet die Wahl der Versichertenvertreter — Arbeitnehmer — als Beisitzer zum Versicherungsamt der Stadt Berlin statt.

Die von den vereinigten Krankenkassenvorständen-Arbeitnehmer aufgestellte und dem Versicherungsamt Berlin eingereichte Liste trägt die amtliche Bezeichnung

Liste „C“

Wir eruchen alle Arbeitnehmer-Vorstandsvertreter, unter allen Umständen rechtzeitig ihr Wahlrecht auszuüben und ihre Stimme für die Liste „C“ abzugeben.

Es kommt auf jede Stimme an; kein Wähler darf fehlen! Arbeitersekretariat Berlin.

Aus dem Fleischergerwerbe. Auf höchst unhöfliche, ja unmannerliche Art benahm sich der Fleischermeister Fenske, Sonntagstraße 1, Lichtenberg, einem Mitgliede der Tarifkommission der Fleischerorganisation gegenüber, als dieses nochmals wegen friedlicher Beilegung der Differenz bei Herrn Fenske vorsprach. Die Tarifkommission hatte sich nochmals schriftlich an Herrn Fenske gewandt mit der Andeutung, daß am 4. d. M. eine mündliche Aussprache stattfinden möge. Als sich nun am 4. d. M. das Mitglied

der Tarifkommission bei Herrn Fenske vorstellte, geriet Herr Fenske in eine förmliche Wut und rief: Ich habe Ihnen schon das erste Mal gesagt, daß ich nicht bewillige. Belästigen Sie mich nicht weiter und machen Sie, daß Sie so schnell als möglich aus meinem Laden heraus kommen, sonst zeige ich Ihnen was anderes. Das Tarifkommissionsmitglied erklärte nun dem Herrn Fenske, daß man so was doch auch ruhig sagen könne, er sei doch auch anständig zu ihm gekommen. Da schrie nun Herr Fenske zum zweitenmal: Sind Sie noch nicht zu meinem Laden draußen? und sprang hinter dem Ladentisch vor. Das Tarifkommissionsmitglied war natürlich so vernünftig und entfernte sich aus dem Laden, sonst wäre am Ende Herr Fenske noch handgreiflich geworden. Wird Herr Fenske dem organisierten Publikum gegenüber, das bei ihm kauft, auch so verfahren? Der Betrieb der Firma Fenske bleibt für organisierte Fleischergehilfen gesperrt!

Ferner sind wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages die Firmen Schreiber, Kanitzstr. 20, und Gengeldach, Ede Kant-Vogelstraße, Rummelsburg, sowie in Weissenhof die Firmen: Schildmann, Voßringstr. 44, Geisler, Lehderstr. 4, Taubenheim, Berliner Allee 220, Jessen, Berliner Allee 223, Fischer, Berliner Allee 236, Klinke, Streustr. 122, und Schreiber, Berliner Allee 9, gesperrt.

Der Fleischermeister Klose, Lindenallee 3 in Weissenhof, hat den Tarifvertrag der Organisation anerkannt.

Die Tarifkommission.

Achtung, Freiseurgehilfen! Tariflich geregelt sind die Arbeitsverhältnisse bei Stein, Grünthalerstraße 10; Böhm, Rüstlerstraße 71.

Für Verbandsmitglieder gesperrt: Kessen, Schleißische Str. 3, Wegen Streik in Köpenick; Gräber, Müggelheimer Straße 2; Rädler, Elisabethstr. 3; Kothler, Grünauer Straße 71. Verband der Freiseurgehilfen.

Deutsches Reich.

Ein Konflikt im rheinisch-westfälischen Baugewerbe.

Wo die Schote der Schwerindustrie emporragen und als Wahrzeichen des rücksichtslosesten Ausbeuteriums der ganzen Gegend ihre Wehrgeißeln ausstrecken, da macht sich auch der Einfluß der Industriebarone und ihrer schürmachertlichen Tendenzen auf Schritt und Tritt bemerkbar. Die Großindustriellen fühlen sich immer noch als die Herren der Arbeiter, wollen von einer Gleichberechtigung derselben nichts wissen und sind deshalb die schärfsten Gegner des Gedanken der Tarifverträge. Kein Wunder, wenn auch andere Schichten des Unternehmertums in jener Gegend es den Herren von der Schwerindustrie nachmachen müßten. Die Bauunternehmer beispielsweise scheinen den Tarif, den sie mit dem Bauarbeiterverband abgeschlossen haben, nur so weit anerkennen zu wollen, als er ihren Interessen dient.

Aus Anlaß eines Streitfalles von zwei Baufirmen mit den bei ihnen beschäftigten Putzern hatte das Tarifamt die Frage zu entscheiden, ob die Putzer dem Tarif für das Stuckgewerbe unterliegen, oder ob sie — wie es die Unternehmer wollen — nach dem Tarif der Maurer zu bezahlen sind, was für die Putzer eine Verschlechterung ihres Lohnes bedeuten würde. Das Tarifamt hat das Verlangen der Unternehmer für unberechtigt erklärt und der Auffassung der Putzer recht gegeben, wonach diese nach dem seit Jahren für sie geltenden Stucklöhntarif zu entlohnen sind.

Es ist eine selbstverständliche Voraussetzung der Tarifgemeinschaft, daß die Vertragsparteien sich den Entscheidungen ihrer Tarifinstanzen zu fügen haben. Das paßt aber den rheinisch-westfälischen Bauunternehmern nicht, wenn eine Entscheidung gegen sie ausfällt. So beschloß denn der Westdeutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, jede weitere Mitarbeit am Tarifamt einzustellen. Doch nicht genug damit. Auch der Verein der Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe in Rheinland und Westfalen mischte sich in die Angelegenheit und drohte den Arbeiterorganisationen, daß er ihnen geeignete erscheinende Maßnahmen der Selbsthilfe in Erwägung ziehen — das heißt also, eine Aussperrung ins Werk setzen werde — falls die Arbeiterorganisationen nicht dafür sorgen würden, daß die wegen nicht tarifmäßiger Entlohnung streikender Putzer der beiden Unternehmer die Arbeit zu nicht tarifmäßigen Löhnen wieder aufnehmen. Die Aussperrung soll sich zwar nicht auf alle Bauarbeiter, sondern, wie nachträglich bekannt wurde, auf die Putzer erstrecken.

Die neueste Nummer des „Grundstein“ bemerkt dazu: „Unser Verband denkt nicht im Traum daran, den Wünschen der rheinisch-westfälischen Stuckmacher zu entsprechen. Mag der Verein mit dem langen Namen seine Drohung wahr machen, wenn es ihm gelingt, seine Kräfte noch vor dem allgemeinen Tarifablauf mit den Arbeiterorganisationen zu messen! Hoffentlich verghit er aber dabei nicht, daß sich in diesem Falle auch die Arbeiterorganisationen wohl kaum noch an die Tarifverträge halten würden und daß ihm die Kriegskosten möglicherweise sehr hoch zu stehen kommen könnten!“

Zum Brauereiarbeiterstreik in Kassel.

Wie wir bereits vor einigen Tagen meldeten, wurden nicht-organisierte Brauer für Kassel gesucht. Die Arbeitswilligenvermittlungsfirma Lindenberg aus Wandsbek war beauftragt, Streikbrecher heranzuschaffen. Zwei Agenten dieser Firma hatten sich denn auch im Hinterzimmer einer Berliner Restauration in der Prinzenstraße 112 häuslich eingerichtet, um Arbeitswillige kontraktlich für Kassel zu verpflichten. Das Ergebnis dieser Bemühungen war ein recht wenig befriedigendes. Acht Brauer verpflichteten sich für Kassel und sollten Mittwochabend 11 1/2 Uhr nach dort expediert werden. Beauftragten der Berliner Verwaltung gelang es jedoch noch auf dem Anhalter Bahnhof, fünf von den Angeworbenen zu bestimmen, in Berlin zu bleiben. So mußte denn der Agent Holz mit nur drei Arbeitswilligen die Fahrt antreten. Das Geschäft dieses Herrn wurde immer länger, als er zusehen mußte, wie einer nach dem anderen es ablehnte, an der Fahrt teilzunehmen. Und seine Auftraggeber werden nicht weniger erstaunt gewesen sein, als er mit drei statt der telegraphisch abvisierten 10 Mann in Kassel erschien.

Die Kasserer Brauereibesitzer wollen sich übrigens die Herbeischaffung von Arbeitswilligen etwas kosten lassen; 6 M. Lohn wollen sie täglich zahlen und dazu freie Kost und Logis gewähren, und wenn der Streik durch die Arbeiter gewonnen werden sollte und die Klausur sofort das Feld räumen müßten, sollen sie noch eine Lohnentschädigung für 10 Tage erhalten.

Vorzellanarbeiter! Vorsicht! Die Porzellan-Industrie-Attien-Gesellschaft Verghaus in Auma hat einen zehnprozentigen Lohnabzug angefordert, welcher von der Arbeiterchaft zurückgewiesen wird und deshalb Differenzen erster Natur auszubrechen drohen. Diese Firma liefert in der Hauptstadt Staatsaufträge in Isolatoren. Zeit einiger Zeit läßt sie sich vom städtischen Arbeitsnachweis in Nürnberg Leute mit Versprechen vermitteln, die nicht den Tatsachen entsprechen und die sie nicht erfüllt. Vollständig mittellos mußte vor einigen Tagen eine Arbeiterin aus Nürnberg diesen Betrieb verlassen, und mußte durch eine Sammlung unter der Arbeiterchaft ihr das Fahrgehalt zur Rückfahrt in ihre Heimat aufgebracht werden, um sie nicht auf den Weg des Verderbens drängen zu lassen. Man halte jeden Zug strengstens fern.

Der Gutarbeiterverband im Jahre 1913.

Trotz des wirtschaftlichen Niederganges, von dem auch die Gutindustrie schwer betroffen wurde, hat der Verband der Gutarbeiter seinen Mitgliederbestand erhalten. Die Zahl der Mitglieder stieg von 11 518 auf 11 927. Der Verband zählte am Jahresschluß 5911 männliche und 6016 weibliche Mitglieder. Die Gesamtsumme des Verbandes bezifferte sich auf 29 027 M., die Ausgabe auf 292 867 M., Kassenbestand blieb am Jahresschluß 372 887 M. Besondere Ausgaben wurden u. a. an Unterhaltungen: Für Arbeitslose 84 541 M., für Kranke und in Sterbefällen 50 479 M., für Juwelen 14 000 M., für Streikende und Gemagregelte 20 537 M.

Lohnbewegungen wurden geführt: 164 mit 4596 Beteiligten. Ohne Streiks verliefen 157 Bewegungen mit 4200 Beteiligten, in 7 Fällen kam es zum Streik; fünf waren Abwehrstreiks mit 390 Beteiligten. Es wurde erreicht pro Woche: Verkürzung der Arbeitszeit für 135 Beteiligte 198 Stunden, Lohnverbesserungen für 1135 Beteiligte 2624 M., Abgewehrt wurde Verlängerung der Arbeitszeit für 235 Beteiligte 310 Stunden, Lohnabzüge für 1616 Beteiligte 4473 M. Sonstige Verbesserungen — Bezahlung der Lebensstunden usw. — wurden erreicht für 1103 Beteiligte und Verschlechterungen abgewehrt für 65 Beteiligte. Die Wirtschaftskrise suchte namentlich die Unternehmer in der Strohhut- und Samen-Nähzubronche zu Lohnabzügen auszunutzen. Dank der Geschlossenheit der Mitglieder, besonders der weiblichen, gelang es, bis auf zwei Bewegungen mit 241 Beteiligten, nicht nur die Lohnreduktionen abzuwehren, sondern noch Verbesserungen zu erringen. Die Gutindustrie als Saisonindustrie hat auch in Zeiten der

Kleines Feuilleton.

Kultur und Kunst. Wenn der Frühling kommt, pflegen die bürgerlichen Blätter mehr oder weniger pikante Feuilletons über die Frühjahrsmoden zu bringen. Die neuen Modelle auf der Rennbahn werden sachgemäß besungen und bedeuten für manche schreibende Seele eine größere Sensation als das Erwachen der Natur oder ein proletarischer Kampf, in dem Tausende die harte Not zu brechen suchen. Der Pariser Schneider wird undienert, als ob er irgend ein Herr von Gottes Gnaden wäre. In einem solchen Feuilleton lesen wir kürzlich, daß es Schneider gibt, die mit 50 000 M. jährlich bezahlt werden. 50 000 M. — man spürte ordentlich, wie dem Feuilletonisten bei dieser Ziffer ein Schauer der Ehrfurcht durchrieselte und wie ihm gleichzeitig in aller Bescheidenheit heimliche Bedenken kamen.

In der Tat ist diese Bezahlung für einen Gehilfen des weiblichen Luxus aus eine recht bittere Kritik der bürgerlichen Gesellschaft. Für verdienstvolle Dichter pflegt gesammelt zu werden und zwar auch dann, wenn die schwerverdienen Unterzeichner des Auftrags dem Mittel mühselos aus der eigenen Tasche begleichen könnten. Sobald es um Kulturzwecke geht, wird der bürgerliche Kapitalist in Deutschland ein schäbiger Hülz. Junge Dichter mögen ihre ringende Seele von der Rat des Lebens zermürben lassen; junge Maler mögen hungern, selbst anerkannte Künstlerische oder geistige Größen mögen leben, wie sie mit der Misere des Alltags zurecht kommen — das geht die reiche Bourgeoisie gar nichts an. Einem anerkannten Schneider aber können 50 000 M. gezahlt werden.

Der Widerspruch ist brennend und wirkt in seiner Unterwelt geradezu — aufreizend. Das allerichlimmste aber ist, daß es sich bei diesem Widerspruch nur scheinbar um Sinnlosigkeit und Unvernunft handelt. In Wirklichkeit bezieht selbstverständlich der Schneider seine Kienengeige mit gutem geschäftlichen Recht und die Kulturträger hungern auf Grund einer eben so unannehmlichen geschäftlichen Rechnung. Der Preis richtet sich in der kapitalistischen Welt nach dem Marktwert. Daß aber der Marktwert eines Schneiders tatsächlich unendlich viel größer ist als der eines Philosophen oder Dichters — das enthüllt uns das wahre Wesen der bürgerlichen Gesellschaft aufs schönste.

Der Marktwert ist vom Bedürfnis abhängig. Es spiegelt die wahren Bedürfnisse der Bourgeoisie, — daß der Schneider den Künstler so unendlich an Marktwert übertrifft. Wohl weiß auch die Bourgeoisie den Schmutz des Lebens zu schätzen und für den Schmutz des Lebens Geld auszugeben. Der Schneider aber ist der geweihte Mann, der ihn liefert. Der Schmutz wahrer Kunst notiert zu einem traurigen Kurs.

Kodessellers Sündengeld. Welchen Umfang die Erbitterung über das grauame Vorgehen von Kodesseller Vater und Sohn gegen die Streikenden in Colorado in den Vereinigten Staaten hervorgerufen hat, davon zeugt eine Debatte im Senate zu Washington. Bei der Beratung einer Aderbaugesetznovelle, die die Errichtung von Versuchsfarmen zum Ziele hat, kam auch zur Sprache, daß für diesen

Zweck vom Unterrichtsministerium überwiesene Kapitalien aus dem Kodessellersfonds verwandt werden sollten. Kaum hatte der Redner die betreffenden Worte geäußert, als weit aus der Mehrheit des Hauses ihr Mißfallen deutlich zum Ausdruck brachte. Auf wie „Verbrecher! Völkerver!“ und ähnliche Verdammungsurteile über den Delinquenten erglänzte. Es half auch einem Verteidiger Kodessellers nichts, daß er ihn in eine Parallele mit Alfred Nobel stellte, der ja gleichfalls ein Riesenvermögen auf nicht immer zu billigenem Wege erworben, der dann aber mit Hilfe dieses Geldes die großartige Nobelstiftung gemacht habe, eine Stiftung, über die in aller Welt nur ein Wort des Lobes zu hören sei. Mit diesem Schwatz hatte er jedoch kein Glück. Senator Matrino, der Vertreter New Jerseys im Senate, wies in scharfen Worten diesen Vergleich zurück und brandmarkte die Sünden und die Schuld, die die Kodessellers, besonders durch ihr jüngstes Vorgehen gegen die streikenden Arbeiter, auf sich geladen haben, in den schärfsten Worten. Wenn der Staat dieses Geld für die Versuchsfarmen verwenden und eine Familie davon leben würde, so ernährte sich diese von einem Sündengeld, meinte er unter lautem Weisfall. Dann erzählte er, wie drei Frauen aus dem Streikbittren Colorado zu ihm gekommen seien und herzerregende Geschichten von den dortigen Graueln berichtet hätten. Wenn der Verteidiger Kodessellers und seiner Schandbuben dieses vernommen hätte, würde er sich wohl hüten, auch nur einen Fennig Kodessellerschen Geldes für diese Zwecke nutzbar machen zu wollen.“ Schließlich gelangte der Beschluß, die Kodessellerschen Gelder zurückzuweisen und der Regierung zu unterlagen, sie für diesen und ähnliche Zwecke nutzbar zu machen, mit überwältigender Mehrheit zur Annahme.

Vergiftete Bäume. In den Straßen der Stadt findet man zuweilen Bäume, die nicht recht gedeihen wollen, während ihre Nachbarn gesund grünen, ohne daß in ihren Lebensbedingungen ein Unterschied zu erkennen wäre. Offenbar sind sie krank, und wenn man sieht, daß die Blätter nicht die richtige Größe erreicht haben, nach den Mähdern zu bräunlich verfärbt und am Rande vertrocknet sind, so kann man mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß diese Bäume vergiftet sind. Um was für eine Vergiftung handelt es sich dabei? Der Uebelthäter ist in Wahrheit fast immer die Gasleitung. Paul Ehrenberg hat jüngst über die Gasvergiftung bei den Bäumen der Straße Untersuchungen angestellt, deren Ergebnis die „Naturwissenschaftliche Wochenschrift“ jetzt mitteilt. Am Boden bemerkt man gewöhnlich keinen frischen Gasgeruch; entnimmt man der Erde bei den vergifteten Bäumen jedoch eine Probe und behält diese längere Zeit in einem dicht geschlossenen Glasgefäße auf, so bemerkt man schließlich einen scharfen Geruch, der an Leuchtgas erinnert. Die chemische Untersuchung der Erdproben liefert dann den Beweis dafür, daß es sich wirklich um Gasvergiftung handelt. Ehrenberg hat massenhaftes Eisenoxydul in den Erdproben festgestellt; es mußten sich im Boden Reduktionsvorgänge stattgefunden haben, ein Zeichen, daß keine Verschärfung für das Wachstum ungünstig war. Für Leuchtgasvergiftung sprach außerdem der Umstand, daß Schwefelverbindungen im Boden auftraten. Daß aber die

Schädigung wirklich durch Leuchtgas verursacht war, bewies der Nachweis von Aethylen im Boden, der Ehrenberg gelungen ist. Nicht nur Gasleitungen, die in nächster Nähe der Baumwurzeln liegen, können für die Bäume gefährlich werden, selbst wenn die Rohrleitung in der Mitte der Straße unter dem Fahrdamm liegt, kann sich das Gas, das durch die dicke Straßendecke nicht entweichen kann, seitlich ausbreiten und dabei die Wurzeln der zunächst stehenden Bäume erreichen, um dann durch die Erdscheiden der Bäume nach außen zu gelangen.

Notizen.

— Für die van Gogh-Ausstellung bei Cassirer (Victoriastr. 35) sind für Partei- und Gewerkschaftsmitglieder Karten zum ermäßigten Preis von 25 Pf. bei P. Horich, Engelauer 15, zu haben.

— Ein Künstlervermächtnis. Karl Hagemeister, der seit einigen Jahren so plötzlich zu hohem Ansehen emporgestiegene Künstler, der bis dahin so gut wie unbekannt in seiner Vaterstadt Berder jahrelang gelebt, hat, wie bekannt, der Stadt ein kostbares Vermächtnis zugebracht. Er vermacht ihr 100 000 M. zu einem neuen Rathaus und eine Anzahl der Bilder aus allen seinen Entwicklungsstadien, die er für die besten hält.

— Naturschutz in den Kolonien. Die Deutsche Kolonialgesellschaft trat in ihrer Hauptversammlung für einen internationalen Schutz der in Ausrottung begriffenen Wale in den ostafrikanischen Gewässern ein. Um die besten Bedingungen zum Schutz der von der Federhutmode bedrohten Vogelwelt Neu-Guineas zu erforschen, soll eine Expedition organisiert werden.

— Erfolge drahtloser Telephonie. Versuche mit drahtloser Telephonie wurden am Donnerstag in der Umgegend von Paris vorgenommen. Die Kompagnie für Radiotelegraphie hatte sich in ihrem Pariser Bureau mit einem laubaren Posten in Voves, 105 Kilometer von Paris entfernt, drahtlos in Verbindung setzen lassen. Die Anwesenden hörten mit größter Deutlichkeit und Klarheit die langen Berichte, die in Voves mit leiser Stimme in den Apparat gesprochen wurden. Ein noch weiter entfernter Posten in Mettray, 200 Kilometer von Paris entfernt, konnte die drahtlosen Wellen gleichfalls auffangen und verstehen.

— Das „Bégonde-Karussell“. Die „Bégonde-Karussell“, die in so mandem Flieger die Schnur erweckt hat, „auf dem Kopf zu fliegen“, scheint nicht nur auf die Beherrschung des Luftreiches beschränkt zu bleiben. Ein Unternehmer verfährt nun auch dem gewöhnlichen Sterblichen die Möglichkeit, mit dem Kopf zu unterst die Welt zu betrachten. Auf einem Kummelplatz in New Orleans ist solch ein Apparat aufgestellt. Er besteht aus zwei übereinander liegenden runden Flächen. Der Apparat dreht sich beliebig herum, so daß die obere Fläche zur unteren wird und umgekehrt. Des sensationslüsternen Benutzer wird an Händen und Füßen auf der unteren Fläche befestigt, erhält eine kleine Kappe zum Schutz des Kopfes und dann — schwupp — steht er bei einer einzigen Umdrehung auf dem Kopf und vollführt so einen kleinen Kopfsprung, der er nach Belieben wiederholen kann.

günstiger Wirtschaftslage mit hohen Arbeitslosenziffern zu rechnen. Im letzten Jahre überstieg jedoch die Arbeitslosigkeit an Dauer und Umfang alle früheren Jahre. Hinzu kommt noch monatelange verlässliche Arbeitszeit bis zu vier Tagen in der Woche. Schon im Jahre 1912 entfielen auf jedes Mitglied 27 Arbeitslosentage, 1913 hingegen 42 Tage, die Ausfertigung ungerichtet.

Ausland.

Der Vorstand des englischen Bergarbeiterverbandes macht der dieser Tage zusammengetretenen Verbandskonferenz den Aussehen erregenden Vorschlag, bei den nächsten Parlamentswahlen eine weit geringere Zahl von Kandidaten aufzustellen, wie bisher. Zur Begründung wird angeführt, daß die Ausgaben für politische Zwecke allzusehr angewachsen sind und gekürzt werden müssen. Sollte dieser Vorschlag zur Durchführung gelangen, so würde er eine nicht unerhebliche Schwächung der Arbeiterpartei bedeuten, denn auch diese wird aus finanziellen Gründen kaum in der Lage sein, die von den Bergarbeitern aufgegebenen Wahlkreise selbst zu bearbeiten. Das Fehlen einer eigenen, das ganze Land umfassenden besonderen Parteiorganisation macht sich gerade jetzt unangenehm bemerkbar. Dabei scheint der Einfluß der Partei in den Gewerkschaften in der letzten Zeit keineswegs gewachsen zu sein. Der oft zutage tretenden mangelhaften Stimmung scheint auch der Vorschlag des Vorstandes der Bergarbeiter zu entspringen.

Deutsches Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose

Berlin, den 6. Juni 1914.

Die 18. Generalversammlung des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose fand heute im Sitzungssaal des Reichstags unter Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Delbrück statt.

Ihr war gestern eine Sitzung des Ausschusses vorangegangen. In dieser hielt Professor Dr. Langstein einen Vortrag über vorkommende Maßregeln gegen die Tuberkulose im Säuglingsalter. Er verlangte vor allem Forderung der Säuglinge aus tuberkulösem Milieu; auch solle die Tuberkulosefürsorge Hand in Hand arbeiten mit der Säuglingsfürsorge. Ueber die Bedeutung der Angestelltenversicherung für die Tuberkulosebekämpfung sprach Dr. von Simborn-Berlin. Er hält es für notwendig, daß die Reichsversicherungsanstalt allen modernen Heilverfahren größtes Entgegenkommen zeigt. Stadtrat Seydel-Charlottenburg referierte über die Unterstützung der Tuberkulosebekämpfung durch städtische Wohnungsämter. Die Ueberwachung der Wohnungen, die die Tuberkuloseherde sind, sei nach jeder Richtung hin erforderlich.

Nach dem neuesten Heft der „Medizinisch-statistischen Nachrichten“ hat die Zahl der an Tuberkulose Gestorbenen in Preußen im Jahre 1913 weiter abgenommen. Es starben nämlich an dieser Krankheit 59 583 Personen gegen 59 911 im Jahre 1912 und 61 219 im Jahre 1911. Wenn man die Zahl der an Tuberkulose Gestorbenen mit der Gesamtzahl der Bevölkerung vergleicht, so betrug im Jahre 1913 die Verhältniszahl, auf 10 000 Lebende berechnet, 18,66; im Jahre 1876 jedoch noch 30,95. Der Rückgang der Tuberkulosesterblichkeit bezieht sich aber noch ausschließlich auf die Personen, die an Tuberkulose der Lungen erkrankt sind, während die Todesfälle an Tuberkulose anderer Organe im Steigen begriffen sind. In den Jahren von 1903 bis 1912 (für 1913 liegen in dieser Hinsicht Angaben noch nicht vor) ist die Zahl der an Lungentuberkulose Gestorbenen von 64 310 auf 52 700, d. i. von 18,99 auf 12,66 für 10 000 Einwohner zurückgegangen, dagegen der an Tuberkulose anderer Organe Gestorbenen von 5789 auf 7146, d. i. von 1,61 auf 1,74 gestiegen.

Stadtrat Seydel-Charlottenburg erörterte, wie die städtischen Wohnungsämter die Bekämpfung der Tuberkulose unterstützen können. Er führte aus, daß die Tuberkulosefürsorge ihrem ganzen Wesen nach zu einem großen Teil Wohnungsfürsorge ist. Daher sei es notwendig, die Wohnungsfürsorge aus öffentlichen Mitteln zu betreiben. Je mehr Menschen sich in einer Wohnung aufhalten, umal wenn das Uebel des Schlafengehens hinzukommt, desto größer sei die Ansteckungsgefahr. Die Tätigkeit der städtischen Wohnungsämter habe sich zu erstrecken auf Befestigung der Wohnungen und Feststellung ihres Zustandes, auf Beseitigung der vorgefundenen Mängel, auf Kontrolle der Schlafgänger und schließlich im Notfall auf Verstellung von Ledigenheimen usw. Neben der Wohnungsfürsorge muß eine Wohnungspflege einhergehen, die zwar schwer und mühselig sei, aber als ein bedeutendes Mittel zur Volkserziehung angesehen werden müsse. Die berufsmäßig tätigen Wohnungsinpektoren, besonders die weiblichen Wohnungspflegerinnen könnten zur Bekämpfung der Tuberkulose durch Belehrung der Hausfrauen und Hülfen für die Kinder viel leisten.

In der heutigen Vollversammlung begrüßte der Vorsitzende, Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück die Versammelten und teilte mit, daß infolge der Heilstätten, Wald-erholungsstätten usw. die Sterblichkeit an Tuberkulose-erkrankung in der letzten Zeit wesentlich zurückgegangen sei, bedauerlich sei aber, daß die Kindersterblichkeit an Tuberkulose zum mindesten keinen Rückgang erfahren haben. Es wäre erforderlich, eine besondere Aufmerksamkeit der Kinderfürsorge zuzuwenden. Es würde sich empfehlen, Kinderheilstätten für Tuberkulose zu errichten. — Generalsekretär Oberstabsarzt a. D. Dr. Helm teilte mit, daß die Mitgliederzahl des Deutschen Zentralkomitees eine wesentliche Vermehrung erfahren habe. Er möchte ebenfalls das Bedauern ausdrücken, daß trotz des Rückgangs der Sterblichkeit an Tuberkulose dies bei den Kindern nicht gesagt werden könne. Es sei dringend notwendig, die Frauen, ganz besonders die Mütter heranzuziehen, um eine bessere Kinderfürsorge in die Wege zu leiten. Allgemein wichtig sei es, die an Tuberkulose Erkrankten in Heilstätten unterzubringen, da dadurch zum größten Teil mit Verzicht der Verlust der Arbeit und damit eine Erwerbslosigkeit bestritten werde. — Professor Dr. Roepke-Mellangen sprach hierauf über die Fürsorge für die aus den Lungen-Heilstätten Entlassenen. Den aus den Heilstätten Entlassenen sei eine ganz besondere Fürsorge zuzuwenden, da die Krankheit oftmals von neuem in Erscheinung trete. In solchen Fällen sei eine nochmalige Behandlung dringend nötig. Sodann sei es notwendig, den Entlassenen möglichst in ihrem bisherigen Beruf Arbeit zu verschaffen, oder dafür zu sorgen, daß sie ihre verlassenen Arbeitsstellen wieder ausfüllen können. So notwendig es sei, dem Gewerkschaftsstand Einhalt zu tun, dürfte doch nicht verkannt werden, daß eine große Minderzahl das Wohnweselethode, den Lebensunterhalt schädige und dadurch die Erkrankungen an Tuberkulose vermindere, oder wenigstens die Heilung erschwere. Dringend widerstanden müsse werden, Entlassene aus den Heilstätten in die afrikanischen Kolonien zu senden; dahin gehören nur wirklich gesunde und widerstandsfähige Menschen. Dagegen empfehle sich die Verwendung von aus den Heilstätten Entlassenen in der inneren Kolonialpolitik mit möglichst leichten Arbeiten im Garten usw.

Der zweite Referent, Magistratsrat Böbling, erwähnte bei Berlin, sprach über die sozialpolitische Seite des Problems. Durch die Verkräftung der Mittel sind der sozialen Fürsorge gewisse Grenzen gezogen. Nur ein Teil der gesamten Lungenkranken wird in Heilanstalten behandelt, neun Zehntel befinden sich innerhalb der Familie usw. Bei vielen, die von den Heilanstalten als geheilt entlassen worden waren, hat sich nachher eine große Zahl als Wiedererkrankte gemeldet, bis zu 80 Proz. Der Referent empfiehlt als Mittel gegen die Tuberkulose die Forderung der wirtschaftlichen Lage und als spezielle Maßregeln Wohnungsfürsorge und gemeindliche Fürsorge. Den aus der Heilanstalt Entlassenen besorgen bereits 21 Gemeinden Arbeit, von ihnen beschäftigen 10 Gemeinden die Entlassenen in Gärtnereibetrieben. Es ist notwendig, besonders Arbeitsnachweise für solche Erwerbsbeschränkte einzurichten; Berlin hat schon im letzten Etat 10 000 M.

dafür eingestellt, die in erster Linie den Lungenkranken zugute kommen, denn für Geisteskranken bestehen besondere Arbeitsnachweise. Die Hauptfrage ist aber die Interessierung der Arbeitgeber für solche Personen. Das Schema der industriellen Arbeit muß deshalb durchbrochen werden, und es gibt ja auch Industrien, die fast nur Halbtagsbeschäftigten. Diese Halbtagsbeschäftigten bilden in ihrer Gesamtheit ein ungeheures Kapital. Leider hat man bei den Unternehmern nicht immer das nötige Entgegenkommen gefunden. Auch die Behörden können einige Erwerbsbeschränkte beschäftigen. So hat Halberstadt damit einen Versuch gemacht. (Beifall.)

In die beiden Referate schloß sich eine ausgedehnte Diskussion, in der der Bürgermeister Welkenborn Halberstadt darauf hinwies, daß der Versuch in Halberstadt vollkommen gescheitert sei. Die Kosten seien verhältnismäßig gering, sie seien von 2,58 M. als Tagesverpflegung pro Person auf 1,72 M. zurückgegangen. Die Gärtnerei sei verhältnismäßig sehr wenig umfangreich, bei größerem Umfang würden sich die Kosten noch mehr verringern. — Dr. Artur Mayer-Berlin: Wer in einer Lungenheilstätte gewesen ist, glaubt einen Preis auf Arbeitslosigkeit in der Tasche zu haben. Nach Verlassen einer Heilstätte in Berlin waren nach einigen Monaten noch 20 Proz. arbeitslos.

In der sehr lebhaften Debatte wurde von den meisten Rednern die Notwendigkeit der Errichtung von Arbeitsnachweisen betont und verlangt, daß die Renten möglichst früh gezahlt werden. Es sei vorgekommen, daß Erkrankte die Renten erst gegeben wurden, als sie bereits auf dem Sterbelager sich befanden. — Der Regierungsrat Dr. Dittmann-Odenburg empfahl die Errichtung von Genesungsheimen, die in seiner Heimat bereits beständen und keine allzu großen Kosten verursachen würden.

Staatssekretär Dr. Delbrück schloß hierauf die Generalversammlung.

Die Ursache des erschütterlichen Rückganges der Lungentuberkulose ist zum erheblichen Teil auf das Wirken der Arbeiterbewegung zurückzuführen. Aber trotz dieses Rückganges ist die Tuberkulose-Sterblichkeit doch noch furchtbar. Es darf daher auch nicht heißen: Stillstand der Sozialversicherung, sondern Ausbau und Fortschritt auf diesem Gebiet; denn die Verbesserung der Lebensverhältnisse, besonders der Arbeiter, bilden den verhältnismäßig besten Schutz gegen die Volkspeste Tuberkulose.

Jugendpflegearbeit.

Wenn irgend etwas geeignet ist, den Arbeitern zu zeigen, welche hohe Bedeutung der Jugendfrage in bürgerlichen Kreisen zugemessen wird, dann ist es ein Buch, das einen preussischen Regierungs- und Schulrat zum Verfasser hat. Freilich gibt es eine Unmasse von Büchern aus dem bürgerlichen Lager, die für die Idee der (bürgerlichen) Jugendpflege werben wollen, aber für uns ist kaum eines so wertvoll als gerade das vorliegende.

Der Verfasser steht, wie das ja nicht anders zu erwarten ist, auf dem Standpunkte, daß es voll und ganz zu rechtfertigen sei, wenn der Staat seine Mittel nur denen zur Verfügung stellt, die sich auf den Boden der „nationalen“ Jugendpflege stellen. Wir wollen mit dem Herrn Regierungsrat über die Wichtigkeit dieses Standpunktes nicht streiten. So ist es auch mit einer Reihe von anderen Punkten, über die wir uns mit dem Verfasser, von dem uns ja eine Welt trennt, nicht weiter auseinander setzen wollen. Aber trotz alledem glauben wir unseren in der proletarischen Jugendbewegung tätigen Genossen die Deklaration dieses Büchleins empfehlen zu sollen. Es enthält sehr viel, was für die Arbeit an und in der Jugend überhaupt gilt; einerlei, ob sie in diesem oder in jenem Lager geleistet wird. Ganz besonders zeigt es auch, daß man auch von einem Gegner sehr viel lernen kann.

Was Herr Wöhlstedt über die Not des jungen Volkes sagt oder andere sagen läßt, ist gewiß nicht übertrieben. Das Schlafstellenmangel der modernen Großstadt ist allein schon eine nie versiegende Quelle von allen möglichen Gefahren, denen der unerfahrene junge Mann und noch mehr das junge Mädchen nur schwer entrienen kann. Desillen, Wirtshäuser, schmierige Tanzlokale und die meistens sehr fragwürdige Gesellschaft dort kommen den jungen Leuten, denen es an einem Heim fehlt, nur zu sehr entgegen. Im Gegensatz zu vielen anderen bürgerlichen Jugendfreunden ist der Verfasser der Meinung, daß es in diesen Dingen durchaus nicht nur in der Großstadt sehr schlimm aussieht.

Sehr wichtig ist auch, was Herr Wöhlstedt über die Mittel spricht, die im Dienste der Jugendarbeit nötig sind. Das hier Gesagte könnten sich auch viele unserer Funktionäre merken. Nämlich, daß es durchaus nicht unbedingt notwendig ist, daß, bevor man überhaupt anfangen kann, erst reichliche Mittel vorhanden sein müssen. Daß man auch mit ganz wenig baren Mitteln sehr wohl recht gutes leisten kann. Und daß man umgekehrt mit noch so viel Bargeld und den besten Einrichtungen nichts leisten kann, wenn man nicht mit dem Herzen bei der Sache ist. Wenn man nicht jemanden findet, der sich mit seiner ganzen Kraft und auch mit einem gewissen Verständnis für die Pöppe der Jugend in den Dienst der Sache stellt. Das immer wieder scharf zu betonen, ist durchaus nicht so unnötig, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Es könnte auch nichts schaden, wenn manche unserer Parteiblätter die Mahnung, die an die bürgerlichen Zeitungen ergeht, auch etwas mehr beherzigten, daß sie nämlich nicht nur hin und wieder einen Artikel über die Jugendfrage oder einen Bericht über irgendeine Veranstaltung im lokalen Teil veröffentlichen, sondern daß alle Vorkommnisse und Fragen aus dem Gebiete der Jugendbewegung an einer bestimmten Stelle erscheinen. Heute ist es auch in unserer Presse so, daß Artikel über die Jugendbewegung häufig an drei verschiedenen Stellen zu finden sind, so daß manches sicherlich nicht so beachtet wird, als es nötig wäre.

Auch darin wird man dem Verfasser gern beistimmen, daß große auf den ersten Blick imponierende Zahlen durchaus kein Maßstab für den wirklichen Stand einer Bewegung sind. Es ist auch nicht zu bestreiten, daß es weit besser ist, man fängt zunächst einmal mit wenigen jungen Leuten an und arbeitet mit ihnen so, daß sie für das Wachstum der kleinen Schar selbst sorgen, als daß man mit großer Lautstärke eine „große öffentliche Versammlung“ einberuft, die von vielen Neugierigen besucht wird, von denen dann später nur die wenigsten wiederkommen.

Daß die Volksschule auch immer mehr in den Dienst der bürgerlichen Jugendpflege gestellt werden soll, ist unseren Genossen, die in der proletarischen Jugendbewegung mitarbeiten, gerade nicht neu. Schon im letzten Schuljahre soll darauf hingearbeitet werden, daß die später zu entlassenden Schüler an den Veranstaltungen des „Jugendvereins“ teilnehmen. Gerade auf die Bierzeitschriften legt der Verfasser das Hauptgewicht und er weiß wohl warum. Darüber sind sich ja die Jugendpfleger heute ziemlich einig, daß die Kraft und Zukunft der Bewegung nicht in denen liegt, die jetzt sieben- bis neunzehnjährig, seit Jahren schon erzieherischer Einwirkung entfremdet, längst im Leben stehen und darin vielleicht fest auf ihrem, wenn auch bedauerlichen und verkehrten Sinn beharren. Man weiß, daß der sicherste Stamm für künftiges Wachstum der

H. Wöhlstedt Jugendpflegearbeit. Ihre praktischen Ansätze und geistigen Werte. Verlag von W. G. Teubner, Leipzig und Berlin. 190 S. 2 M.

Jugendpflegevereinigungen diejenigen sind, die jetzt von der Schule aus und aus dem Konfirmandenunterricht erst in sie hineintreten.

Der Verfasser schlägt vor, für diejenigen, die nicht am Orte bleiben, ein kleines Heftchen zu schreiben, das alles, was der „Jugendverein“ oder wie sich sonst der Kreis der jungen Leute nennt, den Mitgliedern bietet. Sie sollen daraus auch erfahren können, wohin sie sich an ihrem neuen Aufenthaltsort zu wenden haben, um Anstalt zu gewinnen. Dieses Heftchen müßte allen denen, die nach auswärts ziehen, in die Hand gegeben werden. In den Städten soll ein ähnliches Heft oder ein Flugblatt verbreitet und den neu Zugehenden bei der polizeilichen Anmeldung ausgehändigt werden. An Entgegenkommen der Behörden wird es sicherlich nicht fehlen. Stehen doch jetzt schon z. B. in Berlin dem Verein junger Männer die Adressen der Zugezogenen zur Verfügung.

Es ist sicher auch nicht uninteressant, daß auf dem Umwege über die Jugendpflege der Schulunterricht eine Verbesserung erfahren soll und wohl auch erfahren wird. Freimütig gesteht der Verfasser, der ja vom Bau ist, es ein, daß die Schulmänner im allgemeinen die Zöglinge allzuviel gängeln. „Je mehr es dem Lehrer gelingt, gegen das Ende der Schulzeit hin immer mehr nur eigene Leistungen anzugehen, zu leisten, zu beraten, entgegenzunehmen und maßvoll zurückzuführen, selbst ja mehr und mehr zurückzutreten, dem Schüler und sich erkennen zu lassen“, daß derselbe nicht nur etwas weis, sondern auch schon selbständig etwas leisten kann, umso mehr wird der Schullehrer mit seinem Abgang von der Schule nicht als eine Erlösung aus einer Zwangsanstalt betrachten, sondern bedauern, daß er nicht noch länger bleiben konnte.“

Immer mehr Hilfskräfte stellen sich in den Dienst der Jugendpflege und gerade hier haben die Bürgerlichen zweifellos einen Vorrang vor uns. Und nun sollen nach dem auch von uns sehr zu beachtenden Vorschlag des Herrn Wöhlstedt noch Hunderte und Aberhunderte von neuen und zwar berufsmäßig vorgebildeten Hilfskräften für die bürgerliche Jugendarbeit herangezogen werden. Draußen auf dem Lande gibt es viele Privatlehrer und Erzieherinnen auf den größeren Gütern. Diese sollen von ihren „Vorgesetzten“ dazu angehalten werden, sich in den Dienst der Jugendpflege zu stellen. Und die Gemeinden sollen etwas zu den Kosten beitragen. Ein sehr feiner Plan: Alle gewinnen dabei. Der Gutbesitzer kann an Gehalt sparen. Die Gemeinde hat für ihre Jugendpflege eine Kraft, die sie sich sonst nicht leisten könnte und der Sache der bürgerlichen Jugendpflege wäre damit geholfen. Noch mehr Kräfte sollen herangezogen werden. Jeder Kandidat des Lehramtes muß nach seiner Entlassung aus dem Seminar oft viele Monate warten, bis er eine Probefstellung bekommt. Die Wartezeit verläßt er wohl in den meisten Fällen im Elternhause. Sehr häufig im Dorfe oder der Kleinstadt. Auch diese einstweilen noch beschäftigungslosen künftigen Lehrer sollen in den Dienst der Jugendpflege gestellt werden. Man erreicht das sehr leicht dadurch, daß man bei Bewerbungen darauf sieht, ob der Bewerber seine stiellose Zeit auch richtig angewandt hat. „Die Wahlberechtigten sollen nur richtig so fragen, es kostet ja nichts und schadet die oft verwirrende Fülle der Bewerben, dann werden unsere jungen Lehrer oder Lehrerinnen schon hehligig werden für die Jugendpflegepflicht und sich den mit ihr zu gewinnenden Vorteil im heftigen Konkurrenzkampf der Wählbaren nicht entgehen lassen.“

Was man auch gegen den Standpunkt des Verfassers einwenden mag, man wird zugeben müssen, daß er einen Mangel an Offenheit nicht merken läßt. Die Freunde der proletarischen Jugendbewegung aber werden aus seinem Werke lernen, was man vom Gegner lernen kann. H. Fg.

Jugendbewegung.

Nicht Erwerb, sondern Beruf.

Unter dieser Ueberschrift bringt die Bundeszeitschrift des Jungdeutschlandbundes einen lehrreichen Aufsatz von Konrad Köppen. Leisewert gerade deswegen, weil seine Auseinandersetzungen gerade in dieser Zeitung veröffentlicht werden. Uns sagt ja dieser Artikel nichts Neues. Aber wenn wir das sagen, dann heißt es immer auf der anderen Seite: Ach, das sind ja die bekannten Uebersetzungen der Notizen. Das ist ja nichts weiter als deren Hebereien und Wählerereien. Und nun bringt die offizielle Zeitung des Bundes selbst das, was uns immer als Uebersetzung angekreidet wird. Doch wir wollen uns an den Artikel des Herrn Köppen halten.

Der Kern seines Artikels bildet die Feststellung, daß heute die wenigsten Menschen in ihrer Jugend in der Lage sind, sich einen Beruf auszuwählen, zu dem sie sich hingezogen fühlen. Herr Köppen beklagt das sehr — und wer wollte ihm darin nicht recht geben —, daß alle Arbeit heute und auch die Wahl eines Berufes nur auf den Erwerb gerichtet ist. Er spricht von dem herzerfüllenden Anblick, einen Menschen zu sehen, der mit innerer Befriedigung und Begeisterung seine Arbeit verrichtet, weil sie sein Beruf ist, den er sich selbst hat wählen können. Die innere Befriedigung spricht einem solchen glücklichen Menschen aus den Augen und in frohlichem Schweiße schaffte er sein Werk. Aber auch da, wo die Eltern es in der Hand hätten, ihren Sohn sich einen Beruf wählen zu lassen, der ihn auch befriedigt, wird oft viel gesündigt. Die Folgen bleiben nicht aus. Wie oft sieht man, daß der Vater, ein Kaufmann, ein Geschäft gründete und es seinem Sohne, dem Künstler, hinterließ, unter dessen ausgesetzener Leitung es wieder verfiel.

Der Verfasser sieht etwas Tragisches darin, daß die Menschen unserer Zeit Befriedigung nicht in ihrer Arbeit, sondern außerhalb derselben suchen und finden. Aber nun zeigt sich zwischen uns doch wieder der bürgerliche Illusionär. Er meint nämlich, daß, wenn die Menschen beharrlich wären in ihren Neigungen, dann die Wahl eines Berufes nicht so schlimm wäre. Und doch muß auch Herr Köppen den wirtschaftlichen Strömungen einen gewissen Einfluß zugestehen. Traurig ist es ihm, daß bei der Berufswahl so gar nicht die Veranlagung des jungen Menschen in Betracht gezogen wird, sondern nur die Ausfülle maßgebend sind. Viel Kraft geht der Gesamtheit verloren im unfruchtbaren Hin- und Herüberlegen über ungewollte Beschäftigungen. Die Empörung der Jungen, für die die Alten immer nur ein Räseln übrig haben, ist ihm sehr berechtigt. „Ist es nicht empörend, wenn in Familien dasselbe Leid immer und immer wieder sich erneuert, ist es nicht ein Jammer, wenn man sieht, wieviel innererummer besteht, bis dem jungen Mann das Kreuz gebrochen ist?“ Die Jungen werden still, wie die Alten still geworden sind. Der zum Kaufmann bestimmt ist und auch als solcher etwas leisten würde, muß sein Leben hinter Büchern vertrauen, und der geborene Gelehrte, der Buchwurm, dem das Studium innerer Drang ist, muß Handwerker werden.

Er führt als Beispiel Goethe an, der sich aus seinem ihm aufgezungenen Beruf losreißen mußte. Wir können dieses eine Beispiel noch um eine ganze Reihe weiterer vermehren. Fast alle unsere großen Dichter mußten sich ihren wahren Beruf erst erkämpfen.

Wenn auch Herr Köppen den Dingen nicht ganz auf den Grund geht, so kommt er ihm doch sehr nahe. Er erkennt sehr wohl, daß die Maschine alle persönliche Arbeit zu einer Bedienung macht. Nur erkennt er nicht, daß das durchaus nicht zu einer Qual werden muß. Daß es darauf ankommt, Zustände herbeizuführen, die auch die Maschinenarbeit auf eine höhere Stufe heben, so daß sie dann auch Befriedigung gewährt. Sehr recht hat er, wenn er meint, daß in den Tiefen des Volkes noch unendliche Kräfte schlummern, die gemocht werden müssen. Um das möglich zu machen, sind aber andere Zustände nötig. Wir zweifeln nicht daran, daß Herr

... denn die Regierung, und speziell der Minister v. Bodman hat, und zwar öffentlich, stets den Standpunkt vertreten, daß die Sozialdemokratie milderer Rechte sei und von staatlichen Aemtern ausgeschlossen werden müsse. Die „besonderen“, den angeblichen „besonderen“ badiischen Verhältnissen Rechnung tragende Taktik unserer Genossen war nur darauf gerichtet, der Regierung zu zeigen, daß sie die Sozialdemokraten falsch beurteile, daß diese in Wirklichkeit viel braver seien, als die Regierung annehme. Das war einer der wichtigsten Gründe, die von unseren badiischen Politikern bei den Auseinandersetzungen über die Zustimmung zum Staatsbudget ins Feld geführt wurden.

Wie wenig es unseren badiischen Genossen aber gelungen ist, die Regierung von ihrer Meinung abzubringen, zeigt von neuem die Behandlung, die sie unseren Genossen zu teil werden läßt. Dabei bedienten die drei nicht beständigen Parteigenossen hervorragende Vorkämpfer. Streckinger ist Landtagsabgeordneter für Forzheim-Land, Benz ist Bürgermeister der bei Forzheim gelegenen Landgemeinde Hinzlingen, und Schübelin ist Stadtrat in Forzheim. Wenn es für Bürgermeister und Stadträte einer sozialistischen Bestätigung bedürfte, dann würde diese sicherlich ebenbürtig verjagt worden sein, wie das jetzt bei der Wahl zu den Bezirksräten geschehen ist.

Nun, vielleicht macht der „liberale“ Minister v. Bodman dem Landtag eine entsprechende Vorlage. Vielleicht geht er noch einen Schritt weiter und läßt beschließen, daß, wer von der Regierung nicht für würdig befunden wurde, einen Bezirksrat — also einem kleinen Verwaltungskörper — anzugehören, auch nicht Befehlshaber sein kann!

Arbeitslosenversicherung und Königsgeburtstags-geschenk.

In der bayerischen Kammer ist dank der Prinzen und der hochgeborenen Reichsräte eben erst die Regierungsvorlage zu Fall gekommen, die lumpige 75 000 M. für die Arbeitslosenversicherung in Aussicht nahm. Just zu derselben Zeit wird bekannt, daß die bayerischen Städte zum 70. Geburtstag des Königs 100—120 000 M. für einen Tafelaufschlag aufbringen wollen, der dem König zum Geburtstag überreicht werden soll. Die Verteilung dieser Summe auf die einzelnen Städte erfolgt nach der Einwohnerzahl dergestalt, daß auf je 1000 Einwohner 25—30 M. zu zahlen sind. Für königliche Geburtstagsgeschenke haben also die Städte Geld, sie haben auch Geld für Königsbesuche, erst in der letzten Zeit sind in den Städten Augsburg, Bayreuth, Hof Zehntausende für den Königsbesuch bewilligt worden. Die Not der Arbeitslosen aber zu steuern, dazu reichen die Mittel der Städte nicht hin, und der Reichsrat lehnt unter Führung der Prinzen ab, für die gesamten Arbeitslosen Bayerns 75 000 M. aus Staatsmitteln zu gewähren, derselbe Reichsrat, der seinen Augenblick zögerte, die erhebliche Zivillistenenerhöhung zu bewilligen.

Die Wirren in Albanien.

Die Nachrichten, die heute vorliegen, zeigen uns die völlige Verwirrung, die in Durazzo herrscht. Die offiziellen Telegraphenbüros, die in dankenswerter Weise befreit sind, übermitteln Eindrücke zu liefern, erzählen, daß der Abtreiber-Platzungsstand über die Stadt verhängt habe, nur schade, daß dies im selben Augenblick geschähe, in dem die Aufständischen sich ansahen, einen viel wirksameren Belagerungsstand zu verhängen. Wie verzweifelt in Wirklichkeit die Dinge stehen, beweist die Tatsache, daß die letzte Sitzung des Abtreiber offenbar verfaßt. Die Kaliforen zeigen sich vernünftigerweise, gegen die Aufständischen zu stehen. Das internationale Geschwader, das ja bald vor Durazzo erscheinen wird, wird so vermutlich nur noch die Aufgabe vorfinden, die Abreise des Fürsten mit den üblichen Salutschüssen zu begleiten.

Paris in Durazzo.

Durazzo, 4. Juni. Der nach der Abberufung des holländischen Major Sluis zum Plachkommandanten ernannte Oberstleutnant Johnson hat heute morgen über die Stadt den Belagerungsstand verhängt. In der Lage ist keine Aenderung eingetreten. Die Verhängung des Belagerungsstandes erfolgte auf Beschluß des Ministerrates, der ferner beschloß, die Kaliforen sofort gegen die Aufständischen zu schicken, die Ausübung dieses Beschlusses dann aber wieder verbot, um die Ereignisse noch abzuwarten, und weil einige Kaliforen sich weigerten, gegen die Injurgenen zu kämpfen. Die ängstliche Bevölkerung benutzt die abfahrenden Dampfer, um zu flüchten; die Lage ist fortgesetzt ernst.

Nur nicht diesen Fürsten!

Rom, 3. Juni. Die „Agenzia Stefani“ erfährt aus Durazzo folgende Einzelheiten über die Unterhandlungen der Aufständischen mit der internationalen Kontrollkommission. Am Dienstagmorgen schickten die Aufständischen der Kontrollkommission einen Brief, in dem sie erklärten, sie hätten von der Ausrückung der Kaliforen gehört und erwarteten die Mitteilungen der Kommission. Da die Kommission während ihrer ersten Verhandlungen den Aufständischen zugesichert hatte, die Kaliforen würden nicht mehr nach Durazzo gebracht werden, war die Bestätigung des Briefes hinreichend klar. Infolgedessen beschloß die Kommission, dem Fürsten durch Vermittlung ihres Vorsitzenden ein Memorandum zu übersenden, in dem sie ihr Bedauern über den Zustand der Dinge ausdrückte, nicht befragt worden zu sein, ob es angemessen sei, 800 Kaliforen nach Durazzo zu berufen, während sie in dieser Beziehung den Aufständischen gegenüber eine Verpflichtung übernommen habe. Sie lehnte die Verantwortung für die Anwesenheit zahlreicher Bewaffneter in der Stadt ab, welche ihr die Erfüllung ihrer Aufgabe sehr erschwere, und brachte ihren Zweifel an dem Erfolge der Konferenz zum Ausdruck, die sie mit den Aufständischen haben werde. In der Tat begab sich am Mittwochmorgen die Kommission nach Schial und verließ 4 Stunden mit den Oberhäuptern der aufständischen Stämme. Diese wiederholten den Wunsch, einen muslimanischen Fürsten unter türkischer Souveränität zu haben. Gegenüber den Erklärungen der Kommission, dies sei unmöglich, erklärte die Aufständischen, sie wärde einverstanden sein, einen nichtmuslimanischen Fürsten unter der Souveränität der Türkei anzunehmen. Einkimmig weigerten sich die Aufständischen, den Prinzen zu Bied anzuerkennen. Während der Beratung besaßten die Aufständischen sich über den von ihnen vertretenen Empyran mit Kanonenschüssen, der ihnen zuteil geworden sei, als sie am 29. Mai sich Durazzo näherten, um dem Fürsten ihre Wünsche vorzulegen. Da die Kommission die Unmöglichkeit einer Fortsetzung der Verhandlungen erkannte, lehnte sie, wie bereits kurz gemeldet, nach Durazzo zurück. Sie hielt dem Fürsten Vortrag über das Ergebnis der Unterredung und erklärte ihr Mandat für beendet.

Oesterreich.

Die Flottmachung des Parlaments.

Wien, 4. Juni. Auf Einladung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses verammelte sich heute nachmittags im Abgeordnetenhause eine Reihe von Abgeordneten, von Mitgliedern des Herrenhauses und zwar Vertreter fast sämtlicher deutschen und tschechischen Parteien Böhmens, um über Mittel und Wege zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Böhmen und damit auch zur Flottmachung des Reichsrates zu diskutieren. Nach einer vierstündigen Debatte einigte man sich dahin, daß zur Fortsetzung der heutigen Verhandlung am 15. ds. Mts. in Prag eine interne Besprechung unter den Parteien ohne Teilnahme der Regierung stattfinden solle. Im Laufe der Debatte erklärten beide Parteien, zu Verhandlungen bereit zu sein. Sie beharrten jedoch auf ihrem bisher eingenommenen Standpunkt. Ministerpräsident Graf Stürgkh erklärte, die Regierung sei viel zu sehr von der Intention erfüllt, alles zu tun, was im Interesse der Sache gelegen sei, als daß sie nicht auch bereit wäre, auf ihre Anwesenheit auf der nächsten Besprechung zu verzichten.

Eine Anweisung.

Vor einiger Zeit ist, wie wir gemeldet haben, in Prag der russische Schriftsteller Koshanny, der dort seit Jahren lebte, verhaftet worden unter der Beschuldigung, in Ausland einen Wodanuschlag auf einen Beamten begangen zu haben. Es kam sogar ein zaristischer Distriktskommissar nach Prag, um Koshanny, der eine Schrift über die russischen Gefängnisregeln geschrieben hat, in Katerbensch Mauern zu liefern. Koshanny konnte aber nachweisen, daß er zu der kritischen Zeit schon in Prag gewesen und am Tage des Attentats mit dem Radiologentongreg im Rathaus empfangen worden war. Das energische Eingreifen unserer Genossen bewirkte, daß er in Freiheit gesetzt wurde. Aber er wurde als „lästiger Ausländer“ ausgewiesen. Natürlich ist ihm die Wahl des Heimweges an der Grenze, über die er Oesterreich verläßt, freigegeben. Die Praxis, Russen an die Küsten auszuweisen, wird gewissen in der Welt voranmarschierenden Kulturstaaten überlassen. Immerhin bleibt die Ausweisung, die dem Zarismus und den Absoluten zu Gefallen geschieht — Koshanny hat sich antikerikal betätigt — ein Skandal.

Wieder ein politischer Skandal in Ungarn.

Demnächst wird Budapest wieder einen politischen Skandalprozeß haben. Es wird von dort gemeldet, ein führendes Mitglied der Regierungspartei, der Abg. Mandl, des Direktionsmitglieds der ungarischen Bodengesellschaft ist, habe die ungarische Regierung um 2 Millionen Mark betrogen. Im vergangenen Jahre erwarb die Bodengesellschaft von dem Fürsten Friedrich zu Anhalt-Desau das 21 000 Morgen umfassende Gut Hertel. Auf dem Gut befanden sich unter anderem auch einige Fabriken für landwirtschaftliche Produkte. Der Kaufpreis betrug 2 800 000 Kronen. Die Gesellschaft verkaufte die Fabriken, das gesamte Zubehör, und ließ die wertvolleren Teile des Acker parzellieren. Es blieben dann noch 18 000 Morgen minderwertiges Land übrig. Der ungarische Staat kaufte diese, die durch einen staatlichen Sachverständigen auf 800 000 Kronen taxiert worden sind, für 2 000 000 Kronen an, für unbekannt und vorher unbestimmte Zwecke. Mandl hat nun den Redakteur Adam Persian, der die Sache in der Presse besprochen hat, wegen Verleumdung und Ehrenbeleidigung verklagt. Der Gerichtshof hat die Verweiskaufnahme angeordnet.

Spanien.

Gegen die Marokkopolitik.

Madrid, 4. Juni. In der Kammer kündigte der Republikaner Salvaterra eine revolutionäre Bewegung gegen die Regierung an, falls sie ihre Marokkopolitik nicht ändere. Er äußerte die Meinung, der ehemalige Ministerpräsident Laura habe zurücktreten müssen, weil er eine solche Aenderung beabsichtigt hätte. Schließlich kündigte Redner an, die Republikaner würden gegen den Bau einer zweiten Schlachtfelddivision Disstruktion machen.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Die Kreisversammlung für den Wahlkreis Bieh-Rhbnitz, die durch Delegierte aus Nikolai, Rhbnitz, Adawische, Anurou, Orzeische und Birtultau besucht war, hielt den bisherigen Reichstagskandidaten Genossen Arax Rhymann einstimmig einstimig wieder als solchen auf. Zur Abhaltung von öffentlichen Volksversammlungen fehlen die Lokale, deshalb ist man auf die schriftliche Agitation angewiesen. In der Berichtzeit steigerte sich die Zahl der Ortsvereine von 3 auf 6; die Zahl der Leser auf die „Freie Presse“ hat sich seit Einführung derselben um mehr als verdoppelt. Trotz der Verhätigungen und Verleumdungen durch die Führer der B. P. S. und deren Blatt hat sich auch die Zahl der Mitglieder um über noch einmal so viel gehoben. Die Kreisleitung bilden die Genossen Wafner und Lehz-Rhbnitz, sowie Rowat und Balla-Nikolai.

Dem Jahresbericht des 8. und 10. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreises, die beide ein gemeinsames Sekretariat haben, entnehmen wir folgendes: Die Mitgliederzahl hat sich im 8. Kreise um 880, im 10. Kreise um 131 vermehrt. Die ländlichen Vereine der beiden Kreise haben zum Teil eine recht günstige Entwicklung genommen. Die Einnahmen in beiden Kreisen betragen 51 040,68 M., die Ausgaben 38 888,72 M., so daß ein Bestand von 12 178,96 M. verblieb.

Ein eigenes Heim

wird in kurzer Zeit die organisierte Arbeiterklasse Duisburg besitzen. Sie hat ein im Mittelpunkt der Stadt an der Hauptverkehrs- und Geschäftstraße gelegenes Grundstück mit Gebäulichkeiten von der Bürgergenossenschaft Kasino zum Preise von 355 000 M. erworben. Die Uebnahme und der Geschäftsbetrieb durch die Genossenschaft erfolgt nach Fertigstellung der notwendigen Umbauten Anfang Oktober dieses Jahres. Die Lokalkalamität machte diesen Schritt notwendig.

Im Zeichen der Rabenpolitik.

Nach Schluß einer Volksversammlung zur Einleitung der Agitation für die rote Woche verteilte Genosse Gollmann, der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins in Kleinwittenberg an diejenigen Genossen, die sich an der Verberbeit beteiligen wollten, am Vorstandstisch das benötigte Material. Auch der als Uebervachender anwesende Gendarm besah auf Erlauchen ein Flugblatt. Nach einiger Zeit bekam unser Genosse ein Strafmandat über 10 M. wegen öffentlicher Verbreitung von Druckschriften ohne polizeiliche Genehmigung. Die Strafverfügung fügte sich auf 10 des preussischen Strafgesetzes. In der am Mittwoch vor dem Schöffengericht Wittenberg stattgefundenen Verhandlung beantragte der Anwalt selbst die Freisprechung und führte ferner aus, eine Verteilung an einem geschlossenen Orte sei nicht als eine öffentliche Verbreitung anzusehen. Nur Strafen und Pläge kämen hierfür in Betracht.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Pressprozeß.

Weil die „Freie Presse“ in Elberfeld in dem unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelten Militärbeleidigungsprozeß wegen der vom niederrheinischen Agitationskomitee herausgegebenen Broschüre: „Wer will unter die Soldaten?“ von Peter Winnen etwas aus der Anklageschrift abgedruckt hatte, wurde der Redakteur, Genosse Kiebuhr von der Elberfelder Strafkammer zu 30 M. Geldstrafe verurteilt.

Aus Industrie und Handel.

Die Interessenten gegen die Wissenschaft.

Das Igl. Materialprüfungsamt in Berlin-Lichterfelde hat in seinem letzten Jahresbericht wie auch in früheren Publikationen auf die fortschreitende Verschlechterung der Textilwaren hingewiesen. Ein Teil der Textilinteressenten (z. B. der „Verein der Deutschen Textilveredelungsindustrie“) hat die gleichen Beobachtungen gemacht und sich bereits offen darüber ausgesprochen. Auch die ausländischen Materialprüfungsämter haben festgestellt, daß die Qualität der amerikanischen und englischen Textilprodukte immer mehr zurückgeht. Derartige auf streng wissenschaftlichen Untersuchungen beruhende Urteile sind aber manchen Interessenten recht unangenehm. Es hat sich deshalb ein großes Getöse erhoben und sogar von der Rednertribüne des preussischen Abgeordnetenhauses haben Vertreter eines Teils der deutschen Textilindustrie recht energisch gegen den Leiter des Materialprüfungsamtes in Lichterfelde vom Leder gezogen. Es wurde dem Amt empfohlen, sich „auf den Kreis zu beschränken, der ihm zugewiesen ist“ und „in Zukunft etwas vorsichtiger zu sein“, d. h. mit anderen Worten, das Materialprüfungsamt soll zwar seine Untersuchung anstellen, die Ergebnisse aber im höheren Interesse einiger Fabrikanten für sich behalten. Dieses Verlangen kennzeichnet überhaupt die Auffassung mancher Kreise vom Wesen der wissenschaftlichen Forcierung. Erlebt man nicht fast täglich auf dem Gebiete der Statistik und der Rationalökonomie die gleichen Vorgänge! Sobald die Wissenschaft zu Resultaten kommt, die gewissen Interessenten unangenehm sind, legt eine Kampagne ein. Da wird gezetzt und geläutet und nötigenfalls sogar recht bedenklich gedroht. Im vorerwähnten Falle vergessen die betreffenden Fabrikanten ganz und gar, daß das Materialprüfungsamt nicht in ihrem Sold steht, daß es keine Propagandaabteilung ihrer Unternehmungen, sondern eine staatliche Einrichtung auf neutraler Grundlage ist, die vor allem auch den Käufer und Verbraucher von Waren aller Art vor Uebervorteilung und direkten Täuschungen schützen soll. Allem Anscheine nach gehen die Interessenten darauf aus, den Leiter des Materialprüfungsamtes einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen.

Die Aussichten der Obst- und Gemüseernte 1914. Gegenwärtig macht sich fast in ganz Deutschland eine Uebervorteilung der Gemüsemärkte bemerkbar. Es wird verschiedentlich gemeldet, daß trotz stark ermäßigter Preise auf den Auktionen wie im Kleinhandel erhebliche Mengen unverkauft bleiben. Offenbar ist die Mehrzahl der Konsumenten über diese Sachlage gar nicht genügend aufgeklärt. Es scheint auch, als ob der Kleinhandel zuweilen mit der Herabsetzung der Preise recht langsam vorgeht und dadurch den Absatz nicht gerade fördert. Die Hausfrauen sind leider schon so sehr an hohe Gemüsepreise gewöhnt, daß sie ihren Küchenzettel dementsprechend einrichten und aus dem jetzigen Uebervorteil nur geringen Nutzen ziehen. Besonders groß sind die Zusätze in Salat, holländischen Gurken, Blumenkohl und Kohlrabar. Auch Spargel wird in ausreichenden Quantitäten zu relativ niedrigen Preisen angeboten. Die Aussichten der Gemüseernte sind weiterhin größtenteils gut. Die Nachfröste Anfang Mai haben nur ganz vereinzelt Schaden angerichtet. Größeren Schaden haben von dieser veripeteten Kälte im Inlande die Beeren gehabt. Man spricht davon, daß die Ernteaussichten für Johannisbeeren, Stachel- und Erdbeeren in Thüringen, im Königreich und in der Provinz Sachsen, in Brandenburg und im Rheinland infolge der Nachfröste gesunken seien. In den wärmeren Gegenden wird jedoch mit einer guten Ernte gerechnet, auch in Italien und Frankreich ist das Ergebnis ein sehr günstiges.

Letzte Nachrichten.

Bivianis Entschluß.

Paris, 5. Juni. (B. T. S.) Biviani hat dem Präsidenten Poincaré offiziell mitgeteilt, daß er die Kabinettsbildung übernehme.

Das voraussichtliche Kabinett.

Paris, 5. Juni. Nach seinem Besuche bei dem Präsidenten Poincaré hatte Biviani im Ministerium des Innern mit den Parlamentariern eine Besprechung, denen er Ministerportefeuilles übertragen will. Morgen mittag wird er wahrscheinlich folgende Liste dem Präsidenten unterbreiten: Präsidium und Ministerium des Äußeren: Biviani; Justiz: Bienvenu Martin; Inneres: Maloh; Krieg: Reffim; Marine: Gauthier; Öffentliche Arbeiten: Bernard David; Handel: Thomson; Ackerbau: Raynaud; Arbeit und Soziale Fürsorge: Justin Godart; Kolonien: Millies Lacroix; Unterirdisch: René Renoult. Als Unterstaatssekretäre wird Biviani vorschlagen: für das Ministerium des Äußeren: Abel Perrot; Inneres: Jacquier; Schöne Künste: Bonfot; Krieg: Roumou.

Deutschland als Urheber des Dreijährigen.

Paris, 5. Juni. (B. T. S.) Gegenüber der jüngst von dem radikalen General Percin in einem radikalen Blatt aufgestellten Behauptung, daß der Zar im Jahre 1912 anlässlich der Petersburger Reise des damaligen Ministerpräsidenten Poincaré der französischen Regierung die Abschaffung des Zweijährigen ausgedrückt habe, meldet der Petersburger Korrespondent des „Temps“, er sei zu der Erklärung ermächtigt, daß in der damaligen Unterredung Poincarés mit Kaiser Nikolaus niemals von der Verlängerung der militärischen Dienstzeit in Frankreich die Rede gewesen sei. Einen Beweis dafür bilde die Tatsache, daß nach der Rückkehr Poincarés der damalige Kriegsminister Millerand sich gegen eine Verlängerung der militärischen Dienstzeit ausgesprochen habe. Die französische Regierung habe erst zu Beginn des Jahres 1913, als die Maßnahmen Deutschlands zur Vermehrung seiner Armee bekannt wurden, die Notwendigkeit der Einführung des dreijährigen Dienstes erkannt.

Neuer Waffenschmuggel der Usterleute.

London, 5. Juni. Heute bei Tagesanbruch lief ein Schooner mit 3000 Raufschüssen in die Bai von Belfast ein. Freiwillige schafften die Ladung in Karren fort. Die Behörden waren vollständig unvorbereitet.

Vorortnachrichten.

Sichtenberg. Aus dem Stadtparlament.

Die Sitzung „zeichnete“ sich dadurch aus, daß nicht eins von den beabsichtigten Magistratsmitgliedern anwesend war, obwohl die Tagesordnung die Erörterung prinzipiell wichtiger Fragen erwartete. Die Angelegenheit wurde durch einige Anfragen unserer Fraktion. Im diesjährigen Etat sind für Ferienpiele 2000 M. eingestellt worden. Ueber deren Verwendung sollte eine besondere Vorlage unterbreitet werden. Das ist aber bisher nicht geschehen. Weil nun die Ferien bereits nahegerückt sind, war es angebracht, daß sich unsere Vertreter nach dem Stand der Dinge erkundigten, denn der Magistrat hat die Angelegenheit der Schuldeputation überweisen, und die wird sich „demnach“ damit befassen. Aber auch unsere Fraktion, die besanftlicht von der Schuldeputation ferngehalten wird, möchte noch ein gewichtiges Wort mitreden, und aus diesem Grunde war diese Aufmunterung nicht überflüssig. — Eine weitere Anfrage betraf die Weigerung einiger Verwaltungen, ihren nicht fest angestellten Arbeitern entsprechend den Beschlüssen der hiesigen Körperschaften die Wochenfeiertage zu bezahlen. Während Stadtrat Nieblod und auch der Leiter der städtischen Werkstätte auf den Standpunkt unserer Vertreter hielten, daß die Beschlüsse allen Arbeitern zugute kommen müßten, die von der Stadt länger als 14 Tage beschäftigt werden, meinten andere, und namentlich Stadtbauamtschef Dr. Meyer, nur die in festem Anstellungsverhältnis befindlichen, d. h. schon länger als ein Jahr angestellten Arbeiter hätten Anspruch auf Bezahlung der Wochenfeiertage. Unsere Redner — und nur diese meldeten sich zum Wort, während von bürgerlicher Seite sogar häßliche Zwischenrufe fielen — nahmen sich der benachteiligten Hilfsarbeiter mit Entschiedenheit an und betonten, daß es unserer Stadterverwalter Würdiger wäre, künftig nicht mehr so heillosen und unsozialen Gesichtspunkte walten zu lassen. — Genosse Krenn sagte an, die Räume des Versicherungsamtes aus den oberen Stockwerken noch unten zu verlegen und namentlich für einen genügenden Wartesaal mit Sitzgelegenheit zu sorgen. — Die nunmehr vorgeschlagene Wahl eines weiteren besoldeten Stadtrates ergab 39 Stimmen für den Beigeordneten Caschuba, Friedrichsfelde; sechs Stimmten waren unbenutzt. Dann traten, wie so oft schon, Schlußreden in den Mittelpunkt der Debatten. Sie werden auch so bald nicht von der Tagesordnung verschwinden, haben sich doch die Volksschulverhältnisse geradezu zu einer Katastrophe herausgebildet. Den Weichen eröffnete eine Anfrage unserer Fraktion, die Verlegung der Volksschule in der Wödenstraße betreffend. Infolge der Ueberfüllung der Schulen in der Scharnhöfer- und Kronprinzstraße sind eine größere Anzahl von Kindern, die in der Wäinzer, Friedrichs-Str. u. a. w. wohnen, gezwungen, nach der fast dreieinhalb Stunden entfernten Schule in der Wödenstraße zu gehen. Dagegen wendeten sich unsere Genossen. Sie meinten, daß sich eine viel bessere Regelung treffen ließe. Vor allen Dingen forderten sie die schleunigste Inangriffnahme langfristiger Schulbauten, wie z. B. an der Eberstraße. Wenn allerdings beim Magistrat die Ansicht vorherrscht, daß der Bau einer Knabenmittelschule das dringlichste Erfordernis der nächsten Zeit sei und alle weiteren Volksschulbauten zunächst zurückstellen müßten, dann werden die Zukünfte noch weit schlimmer werden, als sie schon sind. Das wird auch der Stadtrat, Schwedel nicht ändern, der die berechtigte Kritik unserer Genossen als „Aeden zum Fenster hinaus“ bezeichnet. Und der unerwartete Apfelfür eine Neupflanzung der Wödenstraße, Keldner, erntete verächtliches Spottgelächter für seine „Ueberzeugung“, daß ein Schulweg, so weiter er sei, als eine desto größere Wohlthat empfunden werde. — Zur Errichtung einer zweiten Turnhalle für die Gemeindegasse in der Holleistraße wurden 64 500 M. bewilligt. Eine weitere Vorlage für die Schule in der Scharnhöferstraße wurde zurückgegeben. Hier handelt es sich, wie wir im vorigen Bericht erwähnten, darum, auf einem Nachbargrundstück eine Turnhalle einzurichten. Ein auf vorhandenem Gelände soll sich nach Ansicht vieler Herren vorzugsweise für den gedachten Zweck eignen, aber das Bauamt will nicht. Es schließt zu hohe Kosten und Unzugänglichkeit vor. Sollten nicht die von uns früher angeführten Gründe doch eine weit größere Rolle spielen? Das wird beinahe zur Gewissheit, wenn wir eine andere Vorlage danebenstellen. Von der Stadtverordnetenversammlung war unter dem 22. Januar die Aufnahme einer Anleihe von 12 000 000 M. mit einem Tilgungsjahr von 2 1/2 Proz. beschlossen worden. In der Summe waren 180 000 M. für den Bau einer Gemeindegasse enthalten. Der Bezirksausschuß hat Gemeindegasse mit der „Kasse“ erteilt, daß der Tilgungsjahr auf 3 Proz. erhöht werde und — die 180 000 M. für die Turnhalle gestrichen werden! „Der Bezirksausschuß kann ein Verdict für eine Gemeindegasse bei unserer Gemeindegasse und dem zur Befriedigung des Turnbedarfes in ausreichender Zahl vorhandener Schulturnhallen nicht als dringend genug anerkennen.“ heißt es in der Magistratsvorlage. Genosse Krähel hängt der Sache die Schelle um und kennzeichnet den in harmlosem Gewand sich präsentierenden, aber von reaktionärem Geist diktierten Beschluß. Allerdings, wenn man die Stellungnahme des Magistrats und namentlich des Oberbürgermeisters berücksichtigt, sei es nicht verwunderlich, wenn der Bezirksausschuß zu solchem Vorgehen ermutigt werde. Den ganzen Widerstand erkennen man aber durch die Gegenüberstellung der Zahlen. Bei einer Anleihe von 12 000 000 M. sollen 180 000 M. zugeordnet sein. Die Gesamtsumme der Stadt zu gefährden, während allein die Gesamtsumme der Stadt in Rechnung gestellt seien. Und weiter sei 900 000 M. als Rückverdienst in Rechnung gestellt. Und weiter sei zu bedenken, daß bei den Vorlagen über den Neubau von Schulturnhallen Oberlehrer Krähel selbst habe erklären müssen, daß die vorhandenen Turnhallen nicht ausreichen. Sie seien vom frühen Morgen bis zum Abend ununterbrochen in Benutzung, und kaum wären die Schüler heraus, würden sie sofort wieder von — natürlich bürgerlichen — Turnvereinen besetzt! Aus diesen Gründen und in Wahrung des Ansichens der Stadtverordnetenversammlung sowie des Selbstverwaltungsrechts beantragte unser Redner namens der Fraktion, alle gegebenen Mittel gegen den Beschluß des Bezirksausschusses anzuwenden. Soweit rechtliche jedoch die Courtoise der Bürgerlichen nicht. Mit 10 gegen 22 Stimmen fiel der Antrag.

Schöneberg.

Städtebauliches. Um dem Rudolf-Wilde-Platz, dem neuen Rathaus und dem Stadtpark eine bessere architektonische Wirkung zu geben, beabsichtigt der Magistrat mehrere Gebäude aufzuführen, welche diesem Straßenbild eine einheitliche geschlossene Form geben sollen. Ein Wohngebäude an der Wälden- und Martin-Luther-Strasse, ein Gebäude an der Ecke der Martin-Luther-Strasse und dem Rudolf-Wilde-Platz und ein torartiger Einbau zwischen diesen Gebäuden sollen diesen Zweck erfüllen. Das Wohngebäude soll fünf Durchgänge erhalten, von denen zwei für den Fußverkehr und drei für den Wagenverkehr bestimmt sind. Die Gesamtkosten des Projekts für den Wagenverkehr betragen 475 000 M. Trotzdem die Wohngebäude durch Vermietung von Läden und Wohnungen wirtschaftlich verteuert werden sollen, wird es nicht möglich sein, die aufgewendeten Kosten zurückzuerhalten, so daß mit einem Zuschuß gerechnet werden muß.

Röpenitz.

Kaufmannsgerichtswahlen. Am Montag, den 27. Juli, finden die Wahlen zum hiesigen Kaufmannsgericht statt. Wählen kann jeder Handlungsgewerbe, der am Tage der Wahl mindestens 25 Jahre alt, in Röpenitz beheimatet ist und in der Wahllokale steht. Die Wählerliste liegt nur noch bis einschließlich 8. Juni, vormittags von 7 bis

1 Uhr und nachmittags von 1/3 bis 1/5 Uhr im Zimmer 27 des Rathauses aus. Wer sein Wahlrecht ausüben will, muß seine Eintragung in die Liste mündlich oder schriftlich beantragen.

Weißensee.

Lebensliche Gesangsfeier. Der „Männerchor Weißensee“ (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes) veranstaltet am morgigen Sonntag, den 7. Juni, ein öffentliches Singen von Volksliedern an der Uferpromenade am Weißen See und zwar auf der monumentalen Brücke am Elektrizitätswerk. Der Vorstand bittet gleichzeitig die Zuhörer, die größte Rücksicht auf die öffentlichen Anlagen zu nehmen.

Potsdam.

Die letzte Wahlvereinsversammlung beschäftigte sich u. a. mit der nächsten stattfindenden Kreisgeneralversammlung. Als Delegierte zu derselben wurden die Genossen Fleische und Kottmann sowie die Genossin Lange gewählt. Die Delegierten sollen dahin wirken, daß die Obmänner für den Bildungs- und Jugendbundesausschuß eine regere Tätigkeit entfalten. Ferner soll der Kreisgeneralversammlung eine Resolution unterbreitet werden, nach der sich die Parteiorganisation grundsätzlich nicht an Wahlen beteiligen möchte, bei der die Arbeiterschaft einen Einfluß nicht ausüben kann. Es handelt sich hierbei in der Hauptsache um die Kirchenvertretungswahlen und es wurde bei dieser Gelegenheit der Fall in Adow eingeleitet, wo ein Parteigenosse vom Pfarrer die Stimme erhalten und letzterer erklärt hatte, daß er deswegen für den Sozialdemokraten gestimmt, weil ihm dieser die Erklärung abgegeben habe, daß er kein Gegner der Monarchie und des Militarismus sei. Weiter wurde ein Antrag mit § 14 des Organisationsplanes fast einstimmig angenommen, der ebenfalls der Kreisgeneralversammlung unterbreitet werden soll. Dieser Antrag verlangt, daß Wahlvereine, welche zu irgendwelchen Zwecken Beiträge erheben, vorher die Genehmigung des Kreisvorstandes einzuholen, über die Kostenverhältnisse Rechenschaft abzulegen und eventuelle Ueberflüsse an die Kreisliste abzuführen haben. Dieser Antrag ist daraus hervorgegangen, daß in letzter Zeit verschiedentlich beantragt wurde, zur Verringerung der Kosten für die Hauskassierung einen Extrabeitrag einzuführen. — Die Frauen teilen mit, daß sie in der Ferienzeit mit den Kindern der Arbeiterkinder Ausflüge zu veranstalten gedenken. Um den Veranlassungsbesuch zu heben, ist seit April eine Preisliste eingeführt worden. Die Genossen, welche mindestens in drei Versammlungen, hintereinander nicht anwesend waren, erhalten eine Aufforderung zum Veranlassungsbesuch. Die ersten Aufforderungen waren zur letzten Versammlung ergangen und der Besuch zeigte, daß diese Reueinführung Erfolg hatte. — Beschlossen wurde ferner, einen Bildervortrag über die Greuel in den russischen Gefängnissen zu veranstalten. Zur Aufnahme hatten sich vier Genossen resp. Genossinnen gemeldet.

Die Automobilisierung der Potsdamer Feuerwehr, durch die die Schlagfertigkeit eine erhebliche Steigerung erfahren hat, soll jetzt weitere Fortschritte machen und auf ein neues Fahrzeug ausgedehnt werden. Die Verwaltung beabsichtigt, eine neue benzinautomobile Drehleiter mit eingebauter Rundlanfpumpe, elektrischem Aufsicht- und Auszuggetriebe und Dynamobeleuchtung für rund 32 000 M. anzuschaffen. Zu dieser Anschaffung fühlt sich die Verwaltung dadurch bewogen, daß seit Einführung der Automobiliere die bespannbare Magirusleiter immer mit Verzögerung auf der Brandstelle eintraf und das einheitliche Vorgehen der Wehr bedenklich hinausgeschob. Die Modernisierung der Feuerwehr wird in der Bürgerschaft gewiß keiner Gegnerschaft begegnen, wohl aber der Umweg, auf dem sie erreicht werden soll. Es geht durchaus nicht an, daß die in den amtlichen Stadtverordnetenunterlagen angeführten Gründe so bald wie möglich vergessen und nach wenigen Jahren ignoriert werden. Als man vor etwa 2 Jahren eine neue drehbare Magirusleiter für 12 000 M. beschaffte, wurde mit feierlicher Betonung erklärt, dieses Fahrzeug sei bereits so beschaffen, daß es ohne Umstände „automobilisiert“ werden könne. Nur diese offizielle Erklärung bewog eine Reihe von Stadtverordneten zum zustimmenden Votum.

Auf einmal schlägt nun der Magistrat vor, dieses durchaus brauchbare Fahrzeug, das die Bewunderung aller erregt hat, zu verkaufen und dafür eine neue automobiler Leiter anzuschaffen, die wohl ein paar technische Verbesserungen mehr aufweisen mag aber auch das nette Stimmchen von 32 000 M. kostet. Leicht erträgt man dabei den glatten Verlust von 7 000 M., der wohl zu vermeiden wäre, wenn man mit diesem Gerät verfahren wollte, wie man es versprochen. Auch befremdend wirkt eine Bemerkung der Vorlage, in der es heißt: „Die Gesellschaft hat sich bereit erklärt, den Bau des neuen Feuerlöschgerätes sofort in Angriff zu nehmen, mit der Bezahlung aber bis zum nächsten Etatsjahr zu warten.“ Ein eigentümlicher Gegensatz. Hier Automobilt tempo und beim Bezahlen altes Pferde-droschkentempo! Im öffentlichen Leben würde es durchaus nicht angenehm empfunden werden, wenn Kommunen dazu übergehen wollten, ihre nicht übermäßig dringlichen Anschaffungen auf Pump zu besorgen. Ist das Geld dazu da, dann mag es nach bewährten Grundsätzen dafür ausgegeben werden und fehlt es, dann pflegt man nicht dringliche Forderungen zurückzustellen oder wenigstens die Ersparnisse zu machen, die möglich sind. Der 7000-Mark-Verlust mag ja für die Gemeinde vernachlässigbar sein, die Potsdamer Magirusleiter kauft, ein willkommener Gewinn sein, in Potsdam wird man ihn aber wahrscheinlich unter „Luxusaussgaben“ buchen.

Jugendveranstaltungen.

- Charlottenburg. Sonntagnachmittag: Spielpartie nach Westend. Mittwoch 3 Uhr, Bildempfang.
Dienstag, den 9. Juni, abends 8 Uhr: Vortrag des Herrn H. Müller über: Eine Reise nach Amerika.
Dienstag, den 11. Juni: Feier des dreißigjährigen Bestehens des Arbeiterjugendbundes.
Sonntag, den 14. Juni: Vesperpartie nach Hagenberg. Abends 7 Uhr vom Rosenplatz.
Sonntag, den 15. Juni, findet für die Arbeiterjugend und deren Angehörige eine Vesperpartie (Tagespartie) statt. Anmeldungen gegen Hinterlegung des Jahrespreises (1 M. für Jugendliche) werden im Jugendheim, Kottbusstr. 3, Selbstn. part., entgegengenommen.
Potsdam. Vortragsabend. Die Arbeiterjugend beteiligt sich am Sonntag, den 7. Juni, an dem Anspiel der Kinder-Festspiele in Nieder-Schönhausen in der Schönholzer Heide. Treffpunkt für Potsdam mittags 1 Uhr im Heim, Kottbusstr. 10a, für Nieder-Schönhausen mittags 2 Uhr, Kaiserweg, Ecke Platanenstr. bei Kreuz.

Soziales.

Unfallgefahren im Bergbau. Die tolle Jagd nach Kohlen, die Förderleistungsbefehle haben dazu geführt, daß das Jahr 1913 neben den höchsten bisher im Bergbau erreichten Betriebsergebnissen, auch die

höchsten Unfallziffern aufzuweisen hat. Wenn der Bergmann zum wahren Arbeitstier herabstinkt, das bis zur Unmenschlichkeit angetrieben wird, dann kann er sein Leben vor drohenden Gefahren nicht genügend schützen. Er wühlt und schuffet drauf los, bis ihn die Felswände unter sich begraben. Da müssen die Kohlengruben zu wahren Knochenmühlen für Bergmannsgebein werden.

Die Arbeiterpresse hat vergeblich darauf hingewiesen, daß diese Schinderei mit dem Vate Tausender Snappen bezahlt werden müssen. Solche Warnungen wurden an maßgebender Stelle in den Wind geschlagen. Denn die Summe Kapital aus Kohle und Bergmannsleibern zu schlagen ist härter als alle Verunsicherungen. Wie oft haben auch die Vertreter der Sozialdemokratie in den Parlamenten auf diese wahrhaft unhaltbaren Zustände hingewiesen. Dennoch griff die Bergbehörde nicht tatkräftig genug ein. Die letzten Debatten im preussischen Abgeordnetenhaus schienen aber die Bergbehörde von dem unheimlichen Steigen des Blutmeeeres überzeugt zu haben. Bei der dritten Lesung des Berggesetzes erklärte der Handelsminister v. Sydow, daß das Oberbergamt in Dortmund in Zukunft über die Unfälle auf den einzelnen Gruben eine Statistik führen werde. Daraus werde man ersehen können, ob auf einzelnen Gruben eine ungewöhnliche Steigerung vorkomme.

Dies hat fernerhin dazu geführt, daß die Bergrevierbeamten an die ihnen unterstellten Betriebsverwaltungen Verordnungen erlassen haben. Vom Bergrevier Bochum-Nord liegt schon folgende Bekanntmachung vor:

Die Zahl der durch Stein- und Kohlenfall im Bergrevier Nord-Bochum verursachten tödlichen Unfälle hat 1913, die letzten vorangehenden Jahre weit übertreffend, auf 1000 Mann unter Tage 1,20 betragen, d. h. mindestens jeber 1000 Mann hat durch Stein- und Kohlenfall sein Leben verloren. Aus gleicher Veranlassung entfallen auf 1000 Mann unter Tage mehr als 16 Fälle von vierwöchiger Arbeitsunfähigkeit. Diese Ziffern veranlassen mich, auf die schärfste Beachtung der betriebsplanmäßigen und bergpolizeilichen Bestimmungen bezüglich Ausschau und Verjages hinzuweisen. Insbesondere mache ich die Ortsältesten auf die ihnen im § 28 Absatz 4 übertragene Verantwortung der Bergpolizeiverordnung aufmerksam. Dabin gehört vor allem ihre Sorge für die besten Bergeserfahren in den Strecken. Gohrflamme im Bergbetriebe zu lassen verstößt gegen § 27 der Bergpolizeiverordnung und wird, ebenso wie Nachlässigkeit im Ausschau, zulässig die Bestrafung der verantwortlichen Personen zur Folge haben.

geg. Dobeßstein. Die Bergleute wissen zwar aus Erfahrung, daß solche Bekanntmachungen oft einfach zu den übrigen gelegt werden. Aber immerhin dringen genaue Feststellungen der Unfälle denn doch vor, daß wie bislang das Steigen der Unfälle im Bergbau glatt abgestritten wird.

Die Hauptursache für die Unfälle ist in der Antreiberei und der mangelhaften Kontrolle zu suchen. Eine Kontrolle durch Vertrauensleute der Arbeiter, die vom Staate besoldet werden müssen, damit sie nicht wie die Sicherheitsmänner getriebe werden können, wäre das wirksamste Mittel zur Minderung der vielen Unfälle.

Das Schweizer Fabrikgesetz.

Der Schweizerische Nationalrat hat den vom Ständerat (Erste Kammer) leider verschleppten Fabrikgesetzentwurf nochmals durchberaten. In den meisten Punkten hat sich die Volksvertretung dem Ständerat föhlich unterworfen. So ist das Schulalter für Mädchen wieder auf 14 Jahre belassen worden. Der Rat hat seinen sozialpolitischen Mut vom Dezember bereut. Auch das Alkoholverbot im Betrieb ist aus einem Obligatorium wieder zu einem Fakultativum geworden. Einzig in der Frage des Verbots der Nachtarbeit der jugendlichen Arbeiter in den Glasbläsen blieb der Rat mit schwacher Mehrheit auf seinem fortschrittlichen Standpunkt vom Dezember. — Die sozialdemokratische Fraktion hat natürlich jeden Verschleppungsvorschlag mit zäher Energie bekämpft. Leider konnte sie keinen Verstoß zur Verbesserung unternehmen, denn das Kompromiß zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden, das die Grundlage des Regierungsentwurfs bildet, muß natürlich von beiden Seiten loyal eingehalten werden. — Das Gesetz soll noch eine Strafbestimmung gegen Verklammerung des Vereines erhalten; ein diesbezüglicher sozialdemokratischer Antrag liegt vor. Die Kommission hat ihn aber abgelehnt.

Wenn das Fabrikgesetz endlich von den Parlamenten angenommen sein wird, so ist es noch lange nicht in Kraft getreten. Da es ein Kompromiß ist, haben weder Arbeiter noch Unternehmer begeisterte Freude an den vielen Halbheiten, die das Gesetz aufweist. Kommen von irgend einer Seite die 30 000 Unterschriften zusammen, so hat das Volk die Entscheidung. Geschieht dies, so kann man schon jetzt die Verwerfung prophezeien. Keine Gruppe kann begeistert für dieses Produkt parlamentarischen Abkommens agitieren. Das neue Fabrikgesetz tritt demnach nur dann in Kraft, wenn es nicht zur Volksabstimmung kommt. Tausend aber wahr!

Gerichtszeitung.

Beleidigung eines Arbeitswilligen.

Vor der 129. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte hatte sich gestern der Tischler Wilhelm Vallisch mit der wegen Beleidigung des Arbeitswilligen Guald Fander zu verantworten. Vallisch wurde von Fander, dem Fander zugerufen zu haben: „Ihr Streikbrecher, seid Ihr noch nicht genug gekennzeichnet? Ihr seid nichts weiter als L...“, sonst würdet Ihr nicht ehrlichen Arbeitern, die um ihre Existenz ringen, in den Rücken fallen.“

Vallisch miede bemerkte in der Verhandlung: Die infrimierte Äußerung sei allerdings getan worden, aber nicht vom ihm. Sie sei aus einer Menge Streikender erfolgt, wer die Worte gesprochen, könne er nicht sagen. Er könne wohl Streikbrechern keine Hochachtung entgegenbringen, er verdamme es aber, diese Leute zu beleidigen.

Der als Zeuge vernommene Fander vermochte nicht mit Bestimmtheit zu sagen, daß der Angeklagte die infrimierte Äußerung getan habe. Drei andere Zeugen bezeugten: Die Äußerung sei wohl gefallen, sie sei aber nicht vom Angeklagten getan worden.

Der Anwalt und der Verteidiger, Rechtsanwalt Wolfgang Heine, beantragten Freisprechung. Das Gericht erhob diesen Antrag zum Urteil. Der Gerichtshof, so bemerkte der Vorsitzende, hat nicht für festgestellt erachtet, daß die infrimierte Äußerung der Angeklagte getan hat, zumal der Beleidigte selbst in dieser Beziehung sehr unsicher war.

Aus dem Theaterleben.

Tolle Zustände an dem vom Theaterdirektor Schürmper geleiteten Wundener Theater bringt eine Beleidigungsklage an den Tag, die dieser Theaterdirektor gegen

die Bühnengenossenschaft gerichtet hat. Der Prozeß ist für den Kläger geradezu vernichtend.

Eine Zeugin äußerte auf die Frage des Vorsitzenden, Landgerichtsrats Mayer, warum sie denn die unzüchtigen Handlungen, die Schrupp nach diesen eiblichen Aussagen an ihr und anderen vorgenommen hat, gebildet hätte: „Wenn man sein Brot dort behalten will, muß man eben ruhig sein!“ Und um Gagen von sage und schreibe 70, 100 und 120 W. bildeten gar viele recht vieles. Immer wieder wird von Schauspielern und Schauspielerinnen betont, daß das Benehmen Schrupps gegen die Mitglieder brutal, roh und unwürdig gewesen sei. Ein Fall, den der an das Berliner Lessing-Theater engagierte Schauspieler Franz erzählt, macht besonders tiefen Eindruck, der Fall der jetzigen Dresdener Hofschauspielerin Barde-Müller. Schrupp habe ihr bei einer Probe die bekannte derbe Einladung aus „Göttern von Berlin“ zugerufen und sie überhaupt so schikaniert, daß sie einen schweren Herzkrampf erlitt. Bezeichnet sei, daß der Direktor, als man nach einem Arzt verlangte, vorn an der Pamppe gestanden und unter lautem Lachen gesagt habe, es sei eine alberne Komödie. Einem Regisseur namens Peer, den er in seiner Krankheit ohne Gage entlassen habe, habe er höhnisch im Bureau gesagt: „Gehen Sie doch zu Ihren Glaubensgenossen, die helfen ja immer.“ Die Zeugen geben wiederholt die ordinärsten Schimpfwörter wieder, mit denen sie von ihrem Direktor belegt wurden. Manche erzählten, wie sie der Schikanen wegen an Selbstmord dachten. Der Theaterdirektor Peier, der seit zehn Jahren am Münchener Theater tätig ist, behauptet, er sei durch den Direktor so schikaniert worden, daß ein schweres Rückenleiden die Folge war.

Der Prozeß, der am Donnerstag begonnen hat, wird voraussichtlich heute beendet werden.

Der Vorbehalt des Schauspielers.

Der Vorbehalt erheischende Schauspieler ist eine so „historische“ Figur, daß es nicht erst der Feststellung eines preussischen Gerichts bedurfte, daß im Bühnenleben ein Gewohnheitsrecht auf das Vorbehaltnehmen bestehe. Von prinzipieller Bedeutung für den gesamten Schauspielerstand ist hingegen die jetzt vom Landgericht Hildesheim entschiedene Frage, ob der gemährte Vorbehalt dem Bühnenkünstler nach freiem Ermessen des Direktors abgezogen werden kann oder nicht.

Ein Schauspieler H., der beim Hildesheimer Stadttheater 270 Mark feste Gage bezog, steckte immer so tief im Vorbehalt, daß am Ende des Monats nicht viel Gage übrig blieb. Er erbat und erhielt auch regelmäßig gleich zu Beginn des neuen Monats neuen Vorbehalt. Erst als es zwischen dem Künstler und seinem Direktor zu Mißverständnissen kam, verweigerte letzterer weiteren Vorbehalt und wollte H. die Restgasse in Höhe von dreizehn Pfennigen auszahlen. Das von dem Bühnenkünstler angerufene Amtsgericht Hildesheim entschied, daß der Vorbehalt nur in angemessenen Raten auf die einzelnen Monate verteilt, abgezogen werden könne. Der Vorbehaltgeber könne, so heißt es in der Begründung, die Verrechnung nicht nach freiem Belieben vornehmen. Wenn der Beklagte an dem einen Zahlungstermin keinen Abzug für den Vorbehalt macht, so ist aber dem Kläger, der die Gage zum Lebensunterhalt für sich und seine Familie braucht, am nächsten Zahlungstermin unter Abzug des Gesamtvorbehalts ganze 13 Pf. bezahlen will, so verstoße das gegen die Grundgesetze von Treu und Glauben. — Unter Berufung des Beklagten wird die Entscheidung des Amtsgerichts in der Berufung angerufene Landgericht diese Auffassung der ersten Instanz.

Das Wörtchen „von“.

In einem eigenartigen Handel mit dem Adel leuchtete eine Anklage gegen den Handlungsgehilfen Georg von Kameke hinein, die gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte stattfand.

Der schon wegen Eigentumsübergangs vorbezeichnete Angeklagte hatte sich wegen Betruges in 2 Fällen zu verantworten. Als er vor längerer Zeit stellungslos war sorgte er u. a. einen Schlafwagen-schaffner Hause, den er in einem Zigarrengeschäft in Friedenau kennen gelernt hatte, um 40 M. unter der Vorpiegelung an, er erhalte in der nächsten Zeit, da er majestätisch werde, eine größere Erbschaft aus Schweden ausgezahlt. Als „Sicherheit“ gab er dem geschäftsunkundigen H. einen Wechsel über 50 M., der allerdings nicht mit dem Datum des Fälligkeitstages versehen, also wertlos war. Hause klagte, als er das Geld nicht zurück erhielt, und wurde natürlich mit der Wechselklage abgewiesen. Im ordentlichen Verfahren wurde der Angeklagte dann zur Zahlung verurteilt. Die Zwangsvollstreckung blieb aber fruchtlos. Wie die Anklage ferner behauptet, soll v. Kameke auch noch einen zweiten ähnlichen Betrug dem Privatgelehrten Wolf v. Leichter gegenüber verübt haben. Die Erörterung dieses Falles führte in ein recht eigenartiges Ritteln hinein. Als sich v. K. wieder einmal in Geldverlegenheit befand, trat der Zeuge v. Leichter an ihn heran und teilte ihm mit, daß eine ihm bekannte Dame den schärfsten Wunsch habe, das kleine Wörtchen „von“ vor ihren Namen setzen zu können. Da v. Leichter durchblicken ließ, daß die Dame sich den Spott etwas leisten lassen wolle, ging der Angeklagte sofort auf den Handel ein. Es wurde ein Kontrakt gemacht, nach welchem der Angeklagte nach der Einschließung 750 M. und nach der Schreibung nochmals 750 M. erhalten sollte. Diese moderne Art „Kuhhandel“ wurde auch perfekt. Der Angeklagte erhielt als „Vorgengabe“ 750 M. Der Zeuge v. Leichter steckte, wie er vor Gericht zugab, ebenfalls mehrere hundert Mark Provost ein. Auch nach anderer Richtung hin spielte in der Verhandlung das Adelsprädicat eine gewisse Rolle. Bei den damaligen Erörterungen über die Deiror ist sich auch die Gattin des Herrn v. Leichter, die sich als eine geborene Gräfin Konau ausgab. Wie sich später herausstellte, war die angeblich aus arabischem Hause stammende Dame ein Fräulein Kenna, die als Wirtschaftlerin bei dem Zeugen tätig war.

Vor Gericht bestritt der Angeklagte, sich strafbar gemacht zu haben. Der Staatsanwalt beantragte 50 M. Geldstrafe. Das Gericht verurteilte den Angeklagten, unter Freisprechung in dem zweiten Falle, zu 3 Tagen Gefängnis, die durch die ersttete Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden.

Preisrätsel als Lotterie.

Wegen unbefugter Bekanntmachung einer Lotterie wurde gestern der Kaufmann Ernst Gerlach aus Charlottenburg von der dritten Strafkammer des Landgerichts I zu 1 Monat Gefängnis und 2500 Mark Geldstrafe verurteilt. — Der Angeklagte war Geschäftsführer des „Internationalen Fortschrittstutts“ und der Kunst im Bild G. m. b. H. Beide Gesellschaften machten vor etwa 1 1/2 Jahren dadurch viel von sich reden, daß sie in zahlreichen Berliner und auswärtigen Zeitungen große Preisrätsel erscheinen ließen. Mit diesen Preisrätseln hatte es folgende Bewandnis. Die zu lösenden Aufgaben waren so einfach, daß sie fast jeden Schulkind lösen konnte und hatten nur den Zweck, auf diesem Umwege einen großen Umsatz der von den Firmen betriebenen Vergrößerungen herbeizuführen. Diejenigen, die das Preisrätsel gelöst hatten, mußten nämlich angeblich als Erlös für Barmittel, Anleihen usw., den Betrag von 70 Pf. einbringen. Mit diesem Betrage wurden, wie festgestellt wurde, nicht nur die sämtlichen Kosten gedeckt, sondern es blieb noch ein ganz hübscher Verdienst übrig. — Da bei der Leichtigkeit der Aufgabe Sonderausgaben von Lösungen eintriefen, so mußte, da nur ein größerer Preis ausgesetzt war, das Los entscheiden, wer der glückliche Gewinner sein sollte. Hierin erblickt die Staatsanwaltschaft eine unbefugte Bekanntmachung einer öffentlichen Lotterie und ein Vergehen gegen das Stempelsteuergesetz.

Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte schon vielfach u. a. auch wegen des gleichen Vergehens vorbestraft ist, erkannte die Strafkammer auf 1 Monat Gefängnis und 2500 M. Geldstrafe.

Aus aller Welt.

Bitte, recht freundlich!

In einer Londoner Monatschrift erzählt der bayerische Hofphotograph Adolf Baumann von Fürstlichkeiten, die in seinem Atelier in München erschienen, um sich von ihm photographieren zu lassen. Dabei berichtet er vom Kaiser Wilhelm: Der Kaiser wünscht nicht, daß Photographien von ihm oder seiner Familie in die Öffentlichkeit kämen, die allzu familiär gehalten seien. Er hat es auch nicht gern, wenn Bilder ausgestellt werden, auf denen er lächelt, weil er der Ansicht ist, daß dies den Respekt untergrabe. Ich wurde eines Tages nach Berlin gerufen, um dem Kaiser aufzunehmen. Er ließ sich damals gerade von zwei Malern porträtieren, und da er immer sehr beschäftigt ist, wollte er, daß die Aufnahme in dem Saale stattfinden solle, in dem die beiden Maler arbeiteten, damit keine Zeit verloren gehe. Ich und meine drei Assistenten begaben uns in das Schloß und wurden in den vorher bestimmten Raum geführt. Die beiden Maler waren schon anwesend. Gleich darauf trat der Kaiser ein. Er trug seine Lieblingsuniform, die eines österreichisch-ungarischen Generals der Kavallerie, die wirklich eine der prächtigsten Uniformen der Welt ist. Er ging stramm, mit militärischem Schritte vorwärts, blieb einige Meter vor mir stehen und fragte: „Wo ist der Hofphotograph? Wo soll ich stehen?“ Ich bezeichnete den Platz und er stellte sich stramm auf. Der Kaiser liebt es nicht, sitzend photographiert zu werden, weil er findet, daß dies zu wenig imposant sei. Der Kaiser nahm die Position an, die er immer bevorzugt. Er sah ernst aus. Bei jeder Aufnahme, die ich machte, nahm das Gesicht des Kaisers einen anderen Ausdruck an. Es war wie bei einer kinematographischen Aufnahme, so schnell und so sehr auffällig veränderte der Kaiser seinen Gesichtsausdruck. Endlich kommandierte er: „Genug!“ Ich hatte in vierzig Minuten 35 verschiedene Aufnahmen gemacht, die ich ihm schon am anderen Tage entwickelt vorlegen konnte. Eine Aufnahme gefiel ihm besonders, und von diesen Bildern bestellte er gleich so viel, daß eine damalige Rechnung für dieses eine Bild nicht weniger als 8000 M. ausmachte. Später machte der Kaiser aber auch noch viele Nachbestellungen von diesem Bilde, das er den Mitgliedern verschiedener Regimenter schenkte, so daß ich allein an diesem Bilde eine sehr stattliche Summe verdiente.

Fliegerabstürze.

Ein tödlicher Absturz zweier Militärflieger wird aus Dijon gemeldet. Der französische Fliegerleutnant Gironne ist mit dem ihn begleitenden Pionier Freitagvormittag infolge einer Explosion seines Motors über einem Gehölz bei St. Martin-du-Mont aus 720 Meter Höhe abgestürzt; beide wurden getötet.

Von einem anderen schweren Fliegerabsturz ist die englische Marine betroffen worden. Bei Southampton sind zwei Marineoffiziere mit einem Flugzeug ins Wasser gestürzt und ertrunken.

Schreckstat eines Abgetriebenen.

In der ungarischen Gemeinde Goeßing schoß der 26jährige Bauernburche August Tomjics den Bauern Krauser und seine Frau nieder, weil ihm Krauser die Hand seiner Tochter verweigert hatte, und verletzte das Mädchen selbst und einen daherkommenden Bauern schwer. Hierauf schloß der Mörder auf den Kirchturm, verbarrikadierte sich dort und gab auf die Leute, die in den Kirchturm eindringen wollten, um ihn festzunehmen, fortwährend Schüsse ab, durch die drei Personen verletzt wurden. Schließlich wurde eine Gendarmerieabteilung herbeigerufen, um Tomjics festzunehmen.

Die Suffragette auf der Hofcour.

Wie die Zeitungen melden, hatte Donnerstagabend bei der Cour im Buckinghampalais eine Suffragette, anscheinend auf Grund einer richtig ausgestellten Karte, Zutritt in den Thronsaal erlangt. Als sie bei der Desfiliercour die Rajestäten erreichte, fiel sie auf die Knie und rief mit lauter Stimme: „Will Eure Majestät nicht der Tortur der Frauen Einhalt tun?“ Sie wurde sofort von den Hofbeamten hinausgeführt, ohne daß sie Widerstand leistete. Die Cour erlitt durch den Zwischenfall keine Unterbrechung.

Und das geschah, trotzdem die Polizei die umfassendsten Vorkehrungsmaßnahmen getroffen hatte und über 200 Polizeibeamten zur Verhinderung frauenrechtlicher Kundgebungen aufgestellt hatte.

Kleine Notizen.

Schwerer Unglücksfall bei einem Radrennen. Bei einem Motorradrennen in Pittsburg verließ die von dem Rennfahrer Archer Armstrong gefahrene Maschine, als sie sich in voller Geschwindigkeit befand, die Rennbahn und fuhr unter die Zuschauer. Zwei von ihnen wurden getötet und einige verwundet. Armstrong selbst wurde schwer verletzt.

Eisenbahnkatastrophe im Kongogebiet. Aus Katanga im Kongogebiet wird gemeldet, daß zwischen Kambove und Kamatanda ein Eisenbahnzug entgleist ist. Vier Eingeborene sollen tot, 44 verletzt sein.

Der Raub der „Mona Lisa“. Der wegen des Diebstahls der Mona Lisa im Louvre zu Paris angeklagte Maler Peruggia ist am Freitag von dem Gericht in Florenz zu einem Jahre und zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden.

Mord- und Selbstmordversuch. In Steint hat am Freitagnachmittag der Kohleleger Rudolf Reierotto aus Berlin seine Frau, von der er getrennt lehte und die er zum Zweck der Versöhnung ausgeheiratet hatte, durch zwei Revolverkugeln schwer verletzt. Nach der Tat versuchte er sich selbst zu töten, brachte sich aber nur eine leichte Verletzung bei.

Unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet. Unter dem Verdacht, den Brand in Eilendorf bei Raden angelegt zu haben, bei dem eine Frau verbrannte, wurde deren Ehemann, der Schneidermeister Diamis, verhaftet.

Zur Verhaftung des falschen Elektricitätsdirektors in Schwern. Die Angelegenheit des verhafteten Direktors Schroder zieht immer weitere Kreise. In der Voruntersuchung hat sich herausgestellt, daß Schroder bereits früher wegen ähnlicher Schwindelereien mit Gefängnis bestraft war. Trotz einer sehr bewegten Vergangenheit konnte er hief den angesehenen Posten drei Jahre bekleiden. Die Zahl der Kreditwindelungen nimmt täglich zu.

Eingegangene Druckschriften.

Vincenz van Gogh, Briefe an seinen Bruder. Deutsch von P. Klein-Diebold. 1. Bd. 673 S. geb. 8. Callier, Berlin W. Victoriastraße 24.
Titte und Brauch. Von E. Sartori. 3. Teil: Zeiten und Feste des Jahres. (Hamb. 3. Volkst. Bd. 78.) 4 R. B. Deims, Leipzig.

Tod Ewige im Zeitlichen. Von Dr. E. Hegg. Preis 2,40 M. K. Frenke, Bern.
Zinkwörter Zweibeel. Zwei plattdeutsche Gemalte. Von G. Fock und A. Briede. (Landsborn-Bücher, 5. Band.) 50 Pf. — K. Jantzen, Hamburg.
Zatrische Bibliothek. Herausgegeben von Dr. D. Maunier. Bd. 1. Bildergalerie katholischer Mißbräuche. Von Obermann. 2,50 M., geb. 3,50 M. Bd. 2. — Bildergalerie protestantischer Mißbräuche. Von Obermann. 4 M., geb. 5 M. — Janus Verlag, Rindgen.
Die Angende Stadt. Von Karl Seeger. 50 Pf. Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei, Nürnberg.
Der Naturforscher (Thomas' Sammlung). Der Zoologische Garten von Dr. F. Anauer. 250 S., geb. 1,50 M., Leipzig.
Geschichte des deutschen Buch- und Zeitschriftenhandels. Beschrieben von Dr. E. Zahn. 80 S. Verlag Zentralverein Deutscher Buch- und Zeitschriftenhändler, Berlin SW 68.
Wirtschafts- und Naturwissenschaftliche Zeit- und Streifen. Bd. 1. Heft 9. Herausgegeben von R. Ernst. Jährlich 12 Hefte a 50 Pf. Verlag Charlottenburg, Wilhelmstr. 40.
Geschlechtskrankheiten und Alkohol. Von Dr. E. Heft. 10 Pf. — Alkoholisches und Gewerkschaft. Von Dr. E. Heft. 10 Pf. — Deutscher Arbeiter-Abstinenzbund, Berlin, Engelstr. 19.
Cyber. Romane von R. Hahn. 2,50 M., geb. 3,50 M. Expedition-Verlag, Berlin SW 61.
Der Gang der Gattin. Roman von E. Seidel. 4 R., geb. 5 M. Insel-Verlag, Leipzig.
Bettelkönig. Gedichte von J. Treß. 1,50 M. Volk-Verlag, Münster i. S.
Reide Thorhens Sanduhr. Roman von D. Enting. (Kronen-Bücher, 1. R.) Kronen-Verlag, Berlin SW 68.

Zur Bekämpfung der Schundliteratur

und zur Förderung des Vertriebes guter Unterhaltungs- und Bildungslektüre

hat der Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin folgende Einrichtungen getroffen:

1. Anerkannt gute Jugendschriften zum Preise von 10—75 Pf. sind in größerer Anzahl angeschafft worden und werden leihweise gegen Deponierung des Preises zur Verfügung gestellt.
2. Jedermann erhält in den nachstehend angeführten Ausgabestellen ohne Legitimation so viele Bücher wie er will. Er hat entweder den Wert der Bücher zu deponieren oder bereits früher entnommene Bücher zurückzugeben. Eine Leihgebühr wird nicht erhoben.
3. Wer die Bücher behalten will, hat dazu das Recht, er hat dann bei Entnahme neuer Bücher wiederum den entsprechenden Betrag zu deponieren.

Es sind folgende Ausgabestellen eingerichtet:

- Berlin: 1. Wahlkreis**
Stralauer Str. 3-6. Zigarrengeschäft von Blumenberg.
- Berlin: 2. Wahlkreis**
Gagelbergerstr. 53/54. bei Schröder.
Schöneleinstr. 23. bei Seher.
Schöneleinstr. 29. Lokal von Braut. Jeden Montag von 8-10 Uhr abends.
Mörnerstr. 2. bei Seher.
Mörnerstr. 2. bei Seher. Von 7-9 Uhr abends, außer Sonnabends.
Blumenthalstr. 13 I. bei Schabe. Von 7-9 Uhr abends, außer Sonnabends.
Mörnerstr. 73. Lokal von Seher. Jeden Freitag von 8-10 Uhr abends.
- Berlin: 3. Wahlkreis**
Engelstr. 15. Zigarrengeschäft von Dorch. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Brinckstr. 41. Hof part. Stefan Frk. Expedition des „Vormärts“ abends von 5-7 Uhr, mit Ausnahme des Sonntags.
- Berlin: 4. Wahlkreis**
Stralauer Platz 10/11. Bureau des 4. Wahlkreises. Von 9-1 und 5-7 Uhr.
Ellaaberstr. 11. Verband der Heiliger. Von 10-11 Uhr und 5-7 Uhr.
Gr. Frankfurter Str. 126. Arbeiter-Jugendheim. Von 6-10 Uhr.
Lippewer Str. 15. Zigarrengeschäft von Herfort. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Mantuffelstr. 73. Zigarrengeschäft von Otto Busse. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Rotherstr. 1. Zigarrengeschäft von Helm. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Weißstr. 8. part. Verband der Ritzhäger. Von 9-11 Uhr und 3-7 Uhr.
Guselandstr. 31. Zigarrengeschäft von Paul Schneider.
- Berlin: 5. Wahlkreis**
Kugelnstr. 49. Zigarrengeschäft von Laßkühn. Von 8-8 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Nauvarder Str. 39. Zigarrengeschäft von Chmielewski. Von 8-8 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Geinertsdorfer Str. 26. Uhrengeschäft von Köllinger. Von 8-8 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Landwehrstr. 3. Freizeitschiff von Schreile. Von 8-8 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Gölnowstr. 13. Zigarrengeschäft von Weise. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
- Berlin: 6. Wahlkreis**
Antonstr. 34. Zigarrengeschäft von Kriegsmann. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Brunnenstr. 70. Arbeiter-Jugendheim. Von 6-10 Uhr.
Fehmannstr. 8. Tabakarbeitergenossenschaft. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Gartenstr. 101. Verband der Kupferhämmer. Von 10-11 Uhr und 6-7 Uhr.
Pappelallee 15/17. Bureau der Freireligiösen Gemeinde. Sonntag 10-12 Uhr, wochentags außer Donnerstags von 12-5 Uhr.
Tredowstr. 36. Zigarrengeschäft von Binner.
Wittkoder Str. 23. Zigarrengeschäft von Bröcklich.
Siemensstr. 12. 2. Hof part. Arbeiter-Jugendheim. Von 6-10 Uhr.
Amberdamer Str. 15. Seitenstr. part., bei Ried.
- Vororte:**
- Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg**
Abderhof. Bismarckstr. 50. bei Schwarzkopf.
Böhndorf. Paradiesstr. 9. Genossenschaftshaus, bei Böhlke. Jeden Freitag von 7-8 Uhr abends.
Bris. Gannemannstr. 35 (Idealgenossenschaft). Zigarrengeschäft von Freudenreich.
Charlottenburg. Rosinenstr. 3. Arbeiter-Jugendheim. Dienstag, Donnerstag, Sonnabends und Sonntags von 7-9 1/2 Uhr.
Grünau. Friedrichstr. 1. bei Büchse.
Nietzfeld. Bismarckstr. 7. Arbeiterbibliothek. Sonnabends von 8-10 Uhr.
Johannisthal. Johannes-Berner-Str. 23. Zigarrengeschäft von Seidel.
Köpenick. Nieber Str. 6. bei Böhler. Von 8-8 Uhr.
Kantow. Kaiser-Wilhelm-Str. 35. bei Richter.
Mariensfelde. Berliner Str. 114. part. Bibliothek.
Neutal. Nieberstr. 1. Zigarrengeschäft von Wölke. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Reichlestr. 8. Arbeiter-Jugendheim. Mittwoch und Sonnabends von 6 1/2-10 Uhr.
Schmargendorf. Köpener Str. 10 I. bei Wolensky.
Schönberg. Oberstr. 32. Zigarrengeschäft von Träger. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Steglitz. Jugendheim, Amiehofstr. 69. Mittwoch von 4-6 Uhr.
Tempelhof-Mariendorf. Kaiser-Wilhelm-Str. 76. Arbeiter-Jugendheim. Wochentags von 8-10 Uhr, Sonntags von 3-10 Uhr.
Treptow. Gratzstr. 16. Putzgeschäft von Frick. Von 8-8 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Trebzin. Bahnhofstr. 52a. bei Trabus.
Wannsee. Königsstraße, im Restaurant Adermann.
- Wahlkreis Niederbarnim**
Bernau. Kaiserstraße. Rich. Münche. Zentralbibliothek. Sonntags von 3-7 Uhr, Freitag von 8-10 Uhr abends.
Virkowwerder. Hauptstr. 90 II. bei Wilhelm Pieper. Wochentags jeder Zeit.

Die Wahl im 34. Kommunal-Wahlbezirk.

Am morgigen Sonntag, 7. Juni, findet im 34. Kommunal-Wahlbezirk die Ersatzwahl zur Stadtverordnetenversammlung statt. Es wird gewählt von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 6 Uhr. Wahlberechtigt sind auch die Wähler, die seit Aufstellung der Wählerliste (Juli 1913) aus dem Bezirk verzogen sind. Jeder Wähler muß von seinem Wahlrecht Gebrauch machen und dem sozialdemokratischen Kandidaten seine Stimme geben! Das Wahlrecht zur Kommune ist gering genug, als daß es durch Nachlässigkeit und Saumseligkeit auch noch preisgegeben wird.

Jede Stimme mehr erhöht die Wirksamkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Ratkaufe.

Genossen! Sorgt dafür, daß uns keine Stimme verloren geht und daß unser Kandidat

Johann Barthelmann

mit großer Stimmenzahl gewählt wird!

Parteiangelegenheiten.

Zur Lokalliste.

In Schöneberg N.-B. findet am Sonntag, den 7. Juni, ein Banern-Pferderennen statt, zu dem im Norden Berlins Propaganda gemacht wird. Wir weisen darauf hin, daß nur das Lokal von Schöneberg zur Verfügung steht, welches abseits des Dorfes liegt.

In Friedrichshagen veranstaltet der Gesangsverein „Liedertafel“ am 27. Juni in „Bellevue“ ein Sommerfest. Es wird versucht, auch in Arbeiterkreisen Billetts zu verkaufen. Wir machen darauf aufmerksam, daß das Lokal „Bellevue“ der organisierten Arbeiterschaft zu Versammlungen verweigert wird und deshalb gesperrt ist.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen, Ortsgruppe Neukölln, veranstaltet am Sonntag, den 7. d. Mts., einen Familienausflug nach dem Lokal „Alte Fischerhütte“ am Schlachtensee und „Neue Fischerhütte“. Beide Lokale werden uns zu Versammlungen verweigert und sind für die organisierte Arbeiterschaft gesperrt.

Die Lokalkommission.

Potsdam. Am Sonntag früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus. Am Dienstagabend 8 1/2 Uhr im Friedrichsgarten Protestversammlung. Genosse Dr. Rudolf Weitzel wird über das Thema: „Der neue Polizeiminister und die Dreiklassenherrschaft“ referieren. Erscheint in Massen zu dieser Versammlung.

Berliner Nachrichten.

Auf dem Bahnhof.

Die Reisesaison hat bereits ihren Anfang genommen. Schon verlassen diejenigen die große Stadt, die nicht durch schulpflichtige Kinder an die übliche Ferienzeit gebunden sind. Vor die großen Einfahrtshallen der Fernbahnhöfe rollen denn auch nun wieder in schier endloser Folge die hoch mit Körben und Koffern beladenen Droschken und Automobile. „Man“ braucht eben Luftveränderung! Und kein Wetter ist so kalt und so schlecht, als daß es eine Ausnahme gegen diese allsommerliche Forderung der besser situierten Welt gestattet.

Da bekommen die Gepäckträger zu tun. In ihren biquen Leinwandblusen hantieren sie um die anstehenden Wagen und schleppen gewaltige Lasten auf mustulösen Armen oder auf schneigem Rücken hin zum Gepäckraum. Denn die Behälter mit den eleganten Kleidungsstücken sind nicht leicht. Blatt und wenig geräuschvoll wickelt sich das Gepäckgeschäft ab. Die Schnellzüge fahren mit peinlicher Pünktlichkeit. Um die Plätze braucht man sich kaum zu kümmern; die sind ja schon an einem der vorhergehenden Tage belegt worden. Da braucht man sich nicht unötig frühzeitig auf dem Bahnsteig einzufinden und, mit der Konfektüte oder dem Abschiedsstrauch in der Hand, Bahnhofspromenaden zu machen!

Doch nicht alles, was jetzt die Bahnhöfe bevölkert, bezieht sich auf die Vabereise oder eilt in die Sommerfrische. Man erkennt den Vogel schon an den Federn! Da sind die blaffen Mädchen mit den Reiseförden, deren Inhalt sichtlich kein allzu schweres Gewicht hat. Sie haben sich in den Vabereisen als Sommergehebe verdingt: als Wäscherinnen und Blätierinnen, als Gehilfen für die Küche und für die Kurplätze. Männer stehen ferner da, denen man den Kellner auf den ersten Blick ansieht. Auch ein paar Friseur sind darunter. Die zukünftigen Musikanten der Auktapelle beraten die Flötenfutterale, die Geigenlästen und die charakteristischen schwarzen Zeugummhüllungen der großen Blas- und Streichinstrumente. Alle diese Leute haben sich rasch zusammengefunden; sie bilden größere und kleinere Gruppen, tauschen ihre Meinungen, Hoffnungen und Befürchtungen aus und warten auf die Abfahrt des Schnellzuges, dem ein Personenzug, der sie befördern soll, bald nachfolgen wird.

Und dann stehen da noch andere. Sie haben etwas Stumpfes und Leeres im Blick. Ihr Neugier ist verwahrlost, ihre Züge sind schlaff, ihre Hände haben nur selten ein Gepäckstück zu tragen. Das sind diejenigen, die nicht dem Zuge der Saison folgen, sondern dem harten Zwange eines schweren, verunglückten Lebens. Sie wollen der Heimat für lange Zeit den Rücken kehren, vielleicht für immer. In fremden Ländern, in fernem Erdteilen wollen sie versuchen, sich ein neues Dasein zu zimmern. „Wo“ wissen wir wenige; das „wie“ ist so ziemlich allen unbekannt. Und doch glimmt in aller ihrer Lebensmüdigkeit noch ein klein wenig Hoffnung. Was in der Heimat Not und Lücke zerklüftet, kann in der Fremde wieder werden und wachsen.

Eine Auslese von Menschen aller Schichten birgt der Bahnhof. Ueberjatte und Hungernde sammelt er, daß sie sich hintersperren in die mehr oder weniger engen und dumphigen Abteile der Züge, die hinausstampfen nach allen Richtungen der Welt. Wohlleben und Not stehen hier dicht beieinander, sehen sich, aber wollen sich nicht erkennen, wenigstens das erstere die letztere nicht. Es gibt viel Schatten in der Welt, und nur wenig Licht! Aber das Bahnhofsgetriebe kümmert sich darum nicht. Es geht hastend und jagend seinen Gang. Die vor die Halle fahrenden Automobile tuten, die Gepäckträger leuchten, der Portier ruft die abfahrenden Züge aus, und leuchtend und stampfend schieben sich diese aus der Halle

hinaus, um neuen Lokomotiven und neuen Wagenreihen Platz zu machen. Denn so ist das Leben: die Kontraste drängen sich dicht nebeneinander!

Aus Angst mutig.

Man sagt, es habe Menschen gegeben, die aus Furcht vor dem Tode Selbstmord verübt haben. Häufiger sind die, die vor dem blühenden, lachenden Leben die Flucht ergreifen und sich in das dunkle Nichts des Todes hinabstürzen. An diese wird man bei der Behauptung erinnert, daß einige der Väter der Stadt, die auf dem Berliner Rathaus thronen, vor der Ueberrnahme der Berliner Elektrizitätswerke in städtische Regie wegen der Schwierigkeit der Verwaltung eines so großen Wertes zurückgeschritten. Es hieße wirklich aus Furcht vor dem Leben Selbstmord verüben, wenn man nach den Erfahrungen mit den V. E. W. die kommunale Regie verworfen und fernerhin die Versorgung des Stadtgebietes von Berlin mit elektrischer Energie in die Hände einer reinen Privatgesellschaft über — was im Grunde genommen dasselbe ist — einer gemischten wirtschaftlichen Unternehmung (S. W. U.) legen wollte. Dafür, daß auf diesem Gebiete bisher die private Tätigkeit verjagt hat, ist der Beweis doch wahrhaftig geliefert. Weit entfernt, sich durch besondere Anspannung, durch feines und verständnisvolles Anschmiegen an die Bedürfnisse der Bevölkerung auszuzeichnen, oder die Freiheit des privaten Unternehmens in der Akquisition neuer Kunden auszunutzen und dann einen Massenkonsum auf einem sozial gerechten Tarife aufzubauen, haben die V. E. W. unter dem Druck der „Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft“ nur gerade so mit Akkord und Knack ihr Geschäft geführt und sich so ziemlich von allen großen deutschen städtischen Elektrizitätswerken, namentlich auch vom Wiener Werk, in den wesentlichen Dingen abtreiben lassen. Daß sie dennoch eine respektable Größe des Betriebs erreichten und auch leidliche Gewinne erzielt haben, beweist nur, daß der Elektrizitätsbedarf der Reichsstadt stärker war als die Widerstände, die man seiner Befriedigung entgegensetzte. Schwierig ist nicht, das kräftige Aufblühen der V. E. W. in städtische Regie zu bewirken; denn es gibt im Grunde genommen nichts Einfacheres, als den Betrieb eines Elektrizitätswerks. Schwierig ist vielmehr nur, einen Vertrag mit gewissen Geschäftsmännern zu schaffen, durch den auf ein Menschenalter hinaus der Anspruch der Bevölkerung auf billige Versorgung mit elektrischer Energie, der Anspruch der Stadt auf eine genügende Entschädigung für ihren Verzicht auf den Eigenbetrieb eines rentablen Werks und endlich der Anspruch eines von der V. E. W. beherrschten Berlins auf genügende Rente mit einander in Einklang gebracht werden soll — alles das zu einer Zeit, die auf dem Gebiete der Elektrizität noch lange nicht das Ende der Dinge absehen kann. Wer sich einen solchen Vertrag zu schaffen zutraut, wird aus schierer Angst mutig — übermutig!

Der Magistrat will, so wird berichtet, über die Berliner Elektrizitätsfrage eine Denkschrift herausgeben, in der das auf die V. E. W. bezügliche Material zusammengetragen ist. Wichtig ist aber eine Entscheidung des Magistrats, die auf die Verstaatlichung der V. E. W. hinausläuft.

Die neue Fleischengroßhalle.

Dem Magistrat lag gestern der von der Hochbauverwaltung im Einverständnis mit dem Kuratorium des städtischen Vieh- und Schlachthofs nach Anhörung der Interessententafel ausgearbeitete spezielle Entwurf für die Fleischgroßmarkthalle an der Landsberger Allee vor. In der Halle sind auf einem Flächenraum von 1400 Quadratmeter 656 geschlossene Stände vorgesehen. Außerdem werden noch freie Wandstände eingerichtet werden, die einen Flächenraum von 800 Quadratmeter umfassen und nach Bedarf in geschlossene Stände umgewandelt werden können. In einer Längsseite der Halle liegen die Kühlräume, unter denen sich im Kellergehoß noch Völkerräume befinden. In einer anderen Längsseite sollen die Fleischbehalter, Banken, Marktpolizei, die polizeiliche Nahrungsmittelkontrolle, Restaurants und die Verwaltung untergebracht werden. Ein Bahnanschluss, der Gelegenheit zur Anfuhr von 30 Waggons bietet, wird die Verbindung mit der Bahn herstellen, und geeignete und ausreichende Plätze werden auf dem die Halle umgebenden städtischen Gelände für die Aufstellung der Fleischwagen zur Verfügung gestellt werden. Der Magistrat stimmt dem vorgelegten Projekt zu und wird unbedinglich der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage machen.

Stiftung für erwerbsunfähige Krankenpflegerinnen.

Der verlorene frühere Postkavalier Adolf Landvoigt hat der Stadt Berlin die Summe von 80 000 M. zur Errichtung einer nach ihm zu benennenden Stiftung vermacht, die aus ihren Einkünften fränk, gebrechliche oder durch Alter erwerbsunfähige Krankenpflegerinnen, und zwar Privatpflegerinnen, die keine Fürsorge als Mitglieder von Schwesterverbänden genießen, unterstützen soll. Der Magistrat hat diese Stiftung angenommen.

Widerliche Klamm.

Wenn man jetzt durch die Straßen Berlins und der Vororte schreitet, dann entdeckt man an den Lifthäulen große Plakate mit einem Pferdekopf und der Unterschrift: „Sohn des Hannibal“. Beim ersten Eindruck glaubt man, daß vielleicht irgend eine Zigarettenfabrik oder sonstige Firma, die auf marktschreierische Klamm großen Wert legt, diese Plakate anheften ließ. Aber bei näherem Zusehen entdeckt man, daß die „Morgenpost“ in diesem Plakat ihren neuesten Roman anpreist. Derselbe „Morgenpost“, die so oft gegen die Verungierung des Straßenbildes gar nicht unübliche Artikel gebracht. Um des lieben Profits halber schreit man jedoch nicht davor zurück, selbst in dieser widerlichen Art der Klamm an den Lifthäulen das Straßenbild zu verschlechtern.

Untergrundbahn Klosterstraße—Frankfurter Allee.

Die Pläne für die Untergrundbahn Klosterstraße—Alexanderplatz—Frankfurter Allee sind heute, wie angekündigt, auf dem Postpräsidium öffentlich ausgelegt worden. Sie bieten im Hinblick auf den künftigen Betrieb der Untergrundbahn mancherlei Neues. Die vom Leipziger Platz kommenden Züge werden nämlich sowohl nach dem Nordring, wie auch nach der Frankfurter Allee geleitet werden. In dem Besuche hat der Bahnhof Klosterstraße zwei Bahnsteige und drei Gleispaare erhalten. Am Mittelbahnsteig werden die Züge vom Norden und Osten ankommen und in ihrem weiteren Laufe ein gemeinschaftliches Gleis nach dem Spittelmarkt zu benutzen. Die vom Leipziger Platz kommenden Züge fahren auf dem dritten Gleis ein, das sich hinter dem anderen Bahnsteig in zwei Gleise spaltet; von diesen fährt das eine durch die Klosterstraße, das andere durch die Kloster- und Königstraße nach dem Alexander-

platz und von da nach Norden beziehungsweise Osten weiter. Das Edgrundstück Kloster- und Königstraße muß in einem Radius von 80 Metern unterfahren werden, ebenso die Pfeilerfundamente der Stadtbahn.

Auf der Nordseite des Tunnels muß Platz für eine spätere Untergrundbahn gelassen werden. In der Nähe soll der Untergrundbahnhof Alexanderplatz einen Ausgang mit einer Verbindungstreppe nach dem Stadtbahnhof erhalten; ebenso ist ein Verbindungsgang nach dem Bahnhof Königstraße der A. E. G.-Linie Geundbrunnen—Neukölln vorgesehen. Das Edgrundstück Landsberger und Wilmannsstraße wird unterfahren. Die Bahn soll dann durch die Weberstraße nach dem Strausberger Platz und weiter bis zur Voigt- und Baldeustrasse gehen. Der Bahnhof Büchingsplatz wird seinen Ausgang innerhalb des Edgrundstückes erhalten; er wird zweietagig angelegt, damit für den Fall, daß noch eine von Osten aus der Landsberger Allee kommende Linie hier angegliedert werden kann. Die Bahnhof Strausberger Platz und Weimeler Straße erhalten neben den Hauptzugängen noch Notausgänge, ersterer an der Andreassstraße, letzterer an der Gubener Straße. Reihlich sind die Treppenanlagen an den Bahnhöfen Thierstraße und Rainzer Straße geplant. In der Großen Frankfurter Straße und der Frankfurter Allee liegen die Bahnhofstrecken durchweg auf der Mittelpromenade. Die Gleise der neuen Zweiglinie müssen mehrfach geneigt werden, so in der Klosterstraße, um die Gleise der Nordringlinie zu unterfahren, in der Königstraße, damit die A. E. G. Bahn über dem Tunnel liegen kann. Erst östlich des Alexanderplatzes steigt die Bahn wieder zur normalen Höhenlage empor. Ferner müssen in der Weberstraße, nahe dem Strausberger Platz, sowie an der Proskauer Straße, Hauptammler unterfahren werden, da zwei Abzweigsysteme der Kanalisation (V und III) durchschnitten werden. Der Notausgang in der Landsberger Straße kann nach Norden verschoben werden, während neue Kreuzungen an drei Stellen zusammengefaßt werden sollen. Auf dem Komtureiplatz wird ein unterirdisches Umformwerk angelegt werden, wie ein solches schon unter dem Senefelder Platz angebaut ist. Die Fahrzeit auf der 4,65 Kilometer langen Strecke Klosterstraße—Rainzer Straße wird ziele zehn Minuten betragen.

Gardebataillon und Gardejäger.

Die gespannten Verhältnisse zwischen einzelnen Gardetruppen spielen hin und wieder vor den Kriegsgewichten ein bedauerliche Rolle. Nicht nur bei der Garde in Berlin herrschen zwischen einzelnen Regimentern gespannte Verhältnisse, sondern auch in Potsdam gibt es Truppenteile, die sich gegenseitig nicht wohl wollen. Es ist schon aus diesem Uniformweid zu förmlichen Feinden zwischen einzelnen Truppenteilen gekommen. Es ist noch nicht allzulange her, daß vor der Monetaferne in der Lehrter Straße zwischen Gardebataillon und deren „Feinden“, den Artilleristen, ein förmliches Säbelgefecht stattfand, das dann gleichfalls zu einem Nachspiel vor dem Kriegsgewicht führte. In Berlin sind es ferner die Gardebataillone und die benachbarten Augustaner, die sich gegenseitig „bescheiden“. Die Dragoner wollen nichts von den Franzosen wissen, während die letzteren wiederum mit den Kürassieren ein „Freundschaftsbündnis“ geschlossen haben. In Potsdam herrscht zwischen den Gardebataillon und den Gardejägern keine allzugroße Freundschaft. Das spannende Verhältnis zwischen diesen beiden Truppenteilen sollte in einem Sozgang dokumentiert werden, der sich eines Abends im „Häringhof“ ereignete, und der gestern zu einem Nachspiel vor dem Oberkriegsgericht des Gardelorsps führte. In dem Lokal saßen zahlreiche Angehörige des Regiments Gardebataillon und der Garde-Artillerie. Auch viele Unteroffiziere waren darunter. Da betrat mehrere Unteroffiziere der Gardejäger den Raum. Es wurde jetzt gerade von den bereits anwesenden Soldaten kräftig gefungen. Angekündigt soll das Rezerbelied vom „Kohldampfschieben“ gefungen worden sein. Die Gardejäger nahmen die Gelegenheit beim Schopfe und stürzten sich förmlich auf die Sänger, um ihnen das Singen zu verbieten. Es wurde denn auch ausgehört, doch kurz darauf begannen die Kavalleristen wieder zu singen. Der Oberjäger Weber forderte nun einen der Kürassiere auf, mit ihm herauszukommen. Der Sergeant Kreppin folgte, und bald hatten sich draußen Jäger, Kavalleristen und auch Zivilisten angelammelt. Der Sergeant A. trat, als der Oberjäger den Kürassier feststellen wollte, dazwischen und erklärte, er als älterer Unteroffizier und Angehöriger des Truppenteils hätte größere Rechte als W. Als darauf W. erwiderte, A. solle sich schämen, sich so zu benehmen, erklärte A., indem er mit der Faust vor dem Gesicht des Oberjägers herumschüttelte: „Sie können gleich einmal einen preussischen Kavalleristen kennen lernen!“ Es wurden Worte hin und her getuschelt, und leicht hätte es zu einem folgenschweren Aufruhr kommen können. Der Wirt holte schließlich A. wieder ins Lokal. Drinnen rief dann A.: „Alles, was Sporen hat, ans Bisset!“ Damit hatte der Vorgang noch einen glimpflichen Verlauf genommen. Gestern stand nun Sergeant A. wegen Beleidigung des Oberjägers W. vor dem Oberkriegsgericht; er wurde zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

Die Vorgänge sind darauf zurückzuführen, daß in den genannten Truppenteilen vorzugsweise Leute aus dem Osten, also aus wenig aufklärten Landesteilen sich befinden.

Wofür der Magistrat kein Geld hat!

Uns wird geschrieben: In Leipzig ist am 6. Mai die Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik eröffnet worden, auf der auch die Gehilfenverbände des graphischen Gewerbes als Aussteller vertreten sind. Die Ausstellung bietet nicht nur ein Bild des gewaltigen Kulturanstiegs der Menschheit, das jedem Besucher von Interesse sein muß und ihm unvergeßlich bleiben wird — für die Angehörigen des graphischen Gewerbes kommt noch besonders hinzu, daß ihnen Gelegenheit geboten wird, die neuesten Erzeugnisse im Gewerbe kennen zu lernen und für ihre Fortbildung nutzbar zu machen. Ausgehend von dieser Erwägung, haben die Angehörigen des graphischen Gewerbes in vielen Städten an ihre Stadtverwaltung das Ersuchen gerichtet, ihnen zum Besuch der Buchgewerbeausstellung einen städtischen Zuschuß zu bewilligen, damit geeignete Vertreter der Arbeiterschaft Gelegenheit erhalten, die Ausstellung zu studieren und die gewonnenen Erkenntnisse im Interesse ihres Berufs zu bewerten. Auch der Gauvorstand in Berlin vom Deutschen Buchdruckerverband glaubte berechtigt zu sein, ein solches Ersuchen an den Berliner Magistrat zu richten. Ist Berlin doch die größte Druckstadt des Deutschen Reiches, in der Zehntausende von Angehörigen des graphischen Gewerbes ihr Brot finden und die — zum Teil recht gute — Steuern

zähler der Reichshauptstadt sind. Es liegt im Interesse der Stadtverwaltung, die auf einer hohen Stufe der Entwicklung sich befindende graphische Industrie weiterzuführen und ihr sachverständige Leiter und leistungsfähige Arbeiter zuzuführen. So dachte wohl der Berliner Bauvorstand — der Magistrat dachte anders. Das höfliche Gesuch um Gewährung eines städtischen Zuschusses zwecks Entsendung von Vertretern aus dem Arbeiterstande nach der Leipziger Buchgewerbeausstellung wurde mit kurzen Worten abgewiesen, weil „hierfür keine Mittel vorhanden sind“. Wir sehen im Augenblicke ganz davon ab, daran zu erinnern, daß Berlin für gewisse Zwecke, über deren Notwendigkeit, Nützlichkeit und kulturelle Bedeutung man sehr geteilter Meinung sein kann, immer Geld, oft viel Geld übrig hatte; erst am Donnerstag bewilligte die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag des Magistrats 4000 M. für eine Kuderregatta. Für das große Kulturwerk, die internationale Buchgewerbeausstellung, hat man — wenigstens für Angehörige des Deutschen Buchdruckerbundes — keinen Pfennig übrig. Was Städte und Städtchen wie Stuttgart, Königsberg, Greifswald, Wolfenbüttel, Pina, Schöningen und andere fertig brachten, kann die Reichshauptstadt nicht, weil „hierfür keine Mittel vorhanden sind“. Es wäre sehr wünschenswert, daß der vom Magistrat abgelehnte Antrag des Berliner Bauvorstandes in der Stadtverordnetenversammlung wieder aufgenommen würde, und sei's nur zu dem Zwecke, daß dem Berliner Magistrat wieder einmal vor Augen geführt wird, wofür er Geld in Ueberflut hat, und wo er anfängt, sich von Krähwinkel beschämen zu lassen.

Abonnementfang.

Wiederholt ist von Abonnenten unseres Blattes Klage geführt worden über die rücksichtslose Art, wie Agenten bürgerlichen Zeitungen den Abonnementfang betreiben. Besonders auf diesem Gebiete scheint ein Agent der „Volkst. Zeitung“ zu leisten. Als er kürzlich bei einem Abonnenten des „Vorwärts“ vorsprach, um für seine Zeitung Geschäfte zu machen, wurde ihm bedeutet, daß schon eine andere Zeitung gehalten werde. Als ihm auf wiederholtes Drängen mitgeteilt wurde, daß der „Vorwärts“ gehalten werde, äußerte er, daß er schon genug wüßte, aber der „Vorwärts“ sei viel zu teuer, man würde dort monatlich um 50 Pf. genehmt. Sollte dieser Herr bei unseren Abonnenten ferner vorsprechen und sich wieder derartige Unverschämtheiten leisten, so wird ihm hoffentlich die Antwort zu teil, die er verdient.

Kinder und Schußwaffen.

Gegen den Unfug des Waffentragens von Schülern und Kinderjährigen richtet sich eine neue Verfügung des Schöneberger Polizeipräsidenten. In letzter Zeit sind so zahlreiche Unfälle, hervorgerufen durch das leichtsinnige Umgehen mit Schußwaffen, vorgekommen, daß die Behörde sich zum Einschreiten veranlaßt gesehen hat. Die Schöneberger Polizeibeamten sind angewiesen worden, bei jugendlichen Schußwaffen jeder Art zu beschlagnahmen und die Personalleisten der Besitzer festzustellen, damit den Eltern oder Vormündern eine Warnung zugehen kann.

Der Irrenanstalt überwiesen. Der französische Marinearzt a. D. Antoine Klier, der in der Nacht zum Karfreitag verhaftet

wurde, weil er in der Siegeshalle von den Marmoradlern an vier Denkmälern die Schnäbel abgeschlagen hatte, wird allem Anschein nach für diesen Vandalismus nicht verantwortlich gemacht werden können. Die Feinerzeit mitgeteilt worden, tauchte schon gleich nach der Tat der Verdacht auf, daß Klier ein Geisteskranker sein dürfte und dieser Verdacht hat sich inzwischen wesentlich verstärkt. Der Verhaftete hat im Untersuchungsgefängnis mehrfach Selbstmordversuche gemacht und ist jetzt auf Antrag des ihm als Verteidiger zur Seite gestellten Rechtsanwalts Dr. Berta Hauer der Charité zur Beobachtung seines Geisteszustandes überwiesen worden.

Ableser-Unterricht für Schwerhörige und Ertaubte, für Unbemittelte unentgeltlich, Montag und Freitag 6 bis 8 Uhr, Berlin N., Reinickendorfer Str. 1. Leitung: Frau Schurzmann, langjährige technische Assistentin im Universitäts-Ambulatorium für Stimm- und Sprachstörungen.

Wem gehört das Kind? Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 16. Mai 1914 ist auf dem Kaiserdamm ein etwa 5 Jahre altes Mädchen umherirrend betroffen und in Schutzhof genommen worden. Das Kind, das anscheinend geistig etwas zurückgeblieben ist, kann weder Namen noch Wohnung angeben. Es ist bis jetzt nicht gelungen, Angehörige des Kindes zu ermitteln. Als vermißt ist es bisher auch nicht gemeldet. Das Mädchen ist vorläufig im städtischen Familienhaus in Charlottenburg untergebracht. Es ist 1 Meter groß, schlank, hat dunkelblondes, hinten zu einem Zopf zusammengeflochtenes Haar, ovales, frisches Gesicht, niedrige Stirn, graue Augen, lidenhafte Zähne, rundes Kinn. Es trug ein rotes Kleidchen, blaue gestreifte Schürze, weißen Unterrock, weißes Hemd, schwarze Strümpfe und schwarze Schnürschuhe. Um ausflürende Nachrichten ersucht der XII. Kriminalbezirk zu 2100 IV 7. 14., auch nimmt die Kriminalpolizei zu Charlottenburg und jedes Polizeirevier solche entgegen.

Leber eine Brandstiftung wird aus dem Norden Berlins berichtet: Auf dem Grundstück Briesener Str. 12 wurde gestern vormittag die sorgsam vorbereitete Tat eines Brandstifters rechtzeitig vereitelt. Im Erdgeschoß des Quergebäudes fand man eine Zündschnur, die zum ersten Stock und dort durch eine Tür in das Bureau und die Werkstätten der Maschinenfabrik von Nag Schwarz geleitet war. Die Schnur zweigte sich in drei Stränge. Einer führte quer über den Fußboden durch zwei mit Benzol gefüllte Büchsen zu einem mehrfach angebohrten Balken, von dem der Dielenbelag losgerissen war. Die beiden anderen Stränge gingen durch den Fußboden der Werkstätte in den darunterliegenden Maschinenraum. Der Fußboden sämtlicher Räume war mit Benzol getränkt. Die Zündschnur war bereits bis zum ersten Stock abgebrannt. Der Tatort wurde polizeilich gesperrt. Die Nachforschungen nach dem Täter waren bisher erfolglos.

Diebstähle in der Badeanstalt. Wiederholt sind in letzter Zeit in der Männerschwimmbad der Badeanstalt an der Schillingstraße Diebstähle vorgekommen. Die Ursache ist darin zu suchen, daß die einzelnen Badegäste nicht genügend gesichert sind. Es muß von der Badeanstaltsverwaltung gefordert werden — wenn sie den Schaden nicht erlegt —, daß sie alles tut, um die Badenden vor Verluste zu schützen.

Verkehrsunfälle. An der Ecke der Invaliden- und Hannoverischen Straße wollte vorgestern abend ein Herr Klapper den Hinterrad des Motorwagens 2088 verlassen, kam jedoch zu Fall und zog sich

eine Quetschung des Beckens sowie Hautabschürfungen im Gesicht zu. Er erhielt auf der nahen Unfallstation die erste Hilfe und wurde dann in seine Wohnung gebracht.

Vor dem Hause Brunnenstr. 77 geriet die 19jährige Schülerin Martha Reinhardt beim Ueberqueren des Damms unter den Vorderreifen des Motorwagens 1272 der Linie 85. Das Mädchen, das offenbar innere Verletzungen erlitten hatte, wurde in das Lazarus-Krankenhaus gebracht.

Verkehrseinschränkung. Am Sonntag, den 7., und am Montag, den 8. Juni, wird anlässlich der auf dem Bangen See bei Grünau stattfindenden Kuderregatta die Friedrichstraße in Grünau von 2 bis 9 Uhr nachmittags für Kraftwagen und Fuhrwerke gänzlich, für Kraftwagen von der Bahnhofstraße bis zum Regattabauwerk, für Fuhrwerke und Reiter von der Kurfürstenstraße bis zum Regattabauwerk gesperrt. Kraftwagen haben in der Bahnhofstraße, Fuhrwerke in der Kurfürstenstraße Aufstellung zu nehmen.

Die öffentliche Bibliothek und Lesehalle, SO., Adalbertstr. 41, die jedermann zu unentgeltlicher Benutzung offensteht, ist im Monat Mai von 10 742 Personen besucht worden. In der Ausleihbibliothek wurden 5806 Bände unterhaltende und belehrende Literatur nach Hause verliehen. In der Lesehalle liegen zurzeit 622 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus. Das Institut ist werktäglich von 5¹/₂—10 Uhr abends, Sonntags von 9—1 und 3—6 Uhr geöffnet.

Vermißt wird seit Donnerstag, den 4. Juni, nachmittags der 7¹/₂ Jahre alte Knabe Hans Salewski, Schüler der 6 O-Klasse der 232. Gemeindeschule, Glogauer Straße. Der Knabe ist circa 1,20 Meter groß, dunkel, Haar kurz geschoren, dunkle Augen, kräftig gebaut. Bekleidet war er mit schwarz-grau-meliertem Jacketanzug, schwarzen Schnürschuhen, schwarzen Strümpfen, weißem Hemd, ohne Kopfbedeckung.

Es besteht die Vermutung, daß der Knabe in den Nachmittagsstunden am Kolibuler Ufer mit anderen Kindern gespielt hat und dabei in den Kanal gestürzt ist. Es kann aber auch möglich sein, daß das Kind verschleppt worden ist. Zweckdienliche Mitteilungen erbitten die Eltern. Adresse: Hermann Salewski, Arbeiter, Berlin SO., Reichsberger Str. 86a, III.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 7. Juni, vormittags 9 Uhr, Pappellallee 15—17; Reutlin, „Idealpassage“; Tegeler, Bahnhofstr. 15, und Ober-Schöneberg, Altonaer Str. 2; freireligiöse Vorlesung. — Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 8; Vortrag von Herrn E. Däumig: „Aus der Geschichte des religiösen Fanatismus“. — Damen und Herren als Gäste willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (S. a. S.) Hamburg, Filiale Berlin 6. Sonntag, den 7. Juni, vormittags 9¹/₂ Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung im Schweinmünder Gesellschaftshaus. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Marktpreise von Berlin am 4. Juni 1914, nach Ermittlungen des Königl. Polizeipräsidiums. Weizen (mitgeb.), Ratal 00,00—00,00, Donau 0,00—0,00. Weizen (runder), gute Sorte 15,40—15,70. Roggen 0,00—0,00. Hafer 0,00—0,00.

Marktpreisliste. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—35,00. Edelbohnen, weiße 38,00—40,00. Linsen 40,00—42,00. Kartoffeln (Kleinabbl.) 4,00—5,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 0,00—0,00. Rindfleisch, Bauchfleisch 0,00—0,00. Schweinefleisch 0,00—0,00. Kalbfleisch 0,00—0,00. Hammelfleisch 0,00—0,00. Butter 2,20—2,30. 60 Stück Eier 3,20—5,00. 1 Kilogramm Rindfleisch 1,40—2,20. Kalb 1,40—3,00. Zander 1,60—3,40. Hechte 1,40—2,80. Barsche 0,80—2,20. Schlei 1,40—3,20. Heilbutt 0,80—1,60. 60 Stück Kaviar 3,00—45,00.



Eröffnung

unseres größten & schönsten Verkaufshauses

Friedrichstr. 129

Taubenstraße: 32

heute nachm. 4 Uhr

Die Leiseröcke

Eine Sehenswürdigkeit Berlins

Central-Haus Jägerstr. 13 I.

Conc. Leihhaus

Von Kavaliereu wenig getragen sowie in Versatz gewesene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots u. Ulster, 12, 15, 18, 20, 25 bis 35 M., Prima. Ferner Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarderobe enorm billig. Rosenposten Kostüme und Damen-Mäntel, auf Seide, enorm billig. Extragebot in Lombard gewesener Brillanten, Uhren und Goldwaren zu enorm billigen Preisen.

„Vorwärts“-Leser erhalten 10 Proz. extra.

Allgemein-Verchiedenes
Freiwillige Cigarettenfabrik.

GARBATY
CIGARETTEN
Qualität

FREDY HARRY WALDEN
Cigaretten
Überall erhältlich

Manoli-Zigaretten
Dandy 3 Pf
Jetzt auch mit und ohne Mundstück

Ben-Schira
Cigaretten

Mal-Kah
Company
Berlin N. 26, Pankstr. 65

Muratti-Cigaretten

Nadda-Cigaretten

Raucht Herdstoll
Cigaretten

Allgemein-Verchiedenes
Grünow's Kaffee-Verd. Dresdenstr. 70
Lindenstr. 105
Speck- und Schinkenwarei.

SUROL
-ESSIG überall z. haben

Auto-Fahrerhülle
Auto-Technikum Berlin, Wustener-
hannstr. 16, Heuser mlg.

Bade-Anfalten
Admiralgarten-Bad
Alexandriplatz 1, Badekonditorstr. 3
Luisenstr. 22, Fiedlerstr. 74
Arkona-Bad, Anklamerstr. 24
Bad Air-Moabit 104, Krankh.-Kass.

Bad
Landberger Str. 107
Gollnowstr. 41, Kranke
amtl. Krankenl.

Central-Bad
Anzengraberstr. 25
Koppenstr. 23
südliche Bäder.

Diana-Bad
Kaiser-Friedrichs-Bad, Carl- u. Hh.
Kur-Bad Treptow, Bismarckstr. 15
Luisenstr. 109, Seebäder
Lindenbad, Friedländerstr. 1, Kass.
National-Bad, Brunnenstr. 3
Naturheilbad, Stephanstr. 47
Bad Ostend, Boxhagen-Str. 10
Lief. all. Kassen

Passage-Bad
Kottbusser-
Markt 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 46.
Reform-Bad Wilmersd., Lehmannstr. 104

Silesia
Schlesische Str. 21.

Arbeiter-Berufskleidung
Keller, Otto, Gerichthofstr. 45
Partiewareng., Tegel, Brunstr. 49
F. Zilnt, Waldemarstr. 44.

Bäcker- u. Konditoreien
C. Adameck, Nolln., Jannstr. 23
A. Albert, Marktstr. 12, Reichardtstr.
Albrecht, E., Fruchthofstr. 27
Landbrothbäck. Herm. Albrecht
P. Andersch, Zionskirchestr. 17
R. Anderson, Thüringenstr. 32
Annas, Wih., Uckerlanderstr. 11
K. Aust, Deutscher Str. 40
Wih. Bagge, Wiefelstr. 33
Wih. Bar, Stromstr. 45
Paul Berger, Mirebachstr. 29
Paul Beyer, Franzosenstr. 45
Josef Brotha, Katteln-Allee 31 u. 33
H. Block, Sorastr. 18
Paul Buchholz, Fankow, Götterstr. 11
E. Blüme, Oderbergerstr. 49
Wih. Brandt, Oderbergerstr. 28
Alw. Brämer, Romintenstr. 45
F. Breitkopf, Exerzierstr. 19
Waldemar Bröse, Driesenerstr. 3
Brotfabrik Heilmannstr. 12
Hermann Bus, Grünauerstr. 12
Ernst Boller, Brünnelstr. 76
N. Burghardt, Waldemarstr. 40
Gust. Böhm, Gubenstr. 26
O. Büchner, Nordhauenerstr. 3
Alb. Dächeln, N. Graunstr. 229
David Landrot, Brunnenstr. 23
Friedrich, Wilmersd., E. Elisabethstr.
Paul Döhl, Marienstraße 15
Albert Denkwitz, Jakobstr. 14
Dollwa, Ferdinand Torlestr. 4
Otto Donath, Stolpacherstr. 22
Rud. Duncker, Fankow, Nollnstr. 77
Fris. Eickler, Heilmannstr. 13
W. Ernst, Pücklerstr. 42
Franz Fautwetter, Miesedammstr. 47
Carl Feist, Fiedlerstr. 101
Paul Feiliger, Stuttgarterstr. 13
E. Freyer, Wilmersd. 72, E. Markstr.
Er. Friedrich, Eisenbahnstr. 31
H. Friedrich, Waidenweg 7
Heinrich Friese, Fankow, Florast. 56
Gub. Gubler, Wilmersdammstr. 56
F. George, Wilmersdammstr. 33
Fris. Glauer, Chausseestr. 22

Erscheint 2 mal
wöchentlich.

Phänomen
Cigaretten
verbürgen feinste
Qualität

Bäcker- u. Konditoreien
Wih. Gode, Emdenerstr. 29
O. Götz, Wilmersd. 31, br. gr. 28
E. Großberndt, Wittstockstr. 7
Große-Rhode-Reinickendorferstr. 93
Groß-Bäckerei „Berolina“ W. West.
A. Großkinsky, Boxhagenstr. 27
Paul Grisar, Fankow, Florast. 10
Paul Gärtnert, Treskowstr. 44
A. Günther, Gr. Frankfurterstr. 70

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins
sowie in Neukölln u. Treptow
Geogründet 1892.

F. Hake, v. d. L. Kottbusserstr. 7
R. Hake, Lützenstr. 4
Karl Heilmann, Min. Ch. nerst. 44
Karl Hennig, Schönhaiderstr. 74
Gust. Heintze, Kottbusserstr. 7
G. Hennig, Schmidtstr. 8
O. Hoff, Chorinerstr. 13
Job. Hildebrandt, Rykestr. 22
P. Hungen, Berlin, E. Lichtenbergstr. 21
L. Hüh, Gerichthofstr. 23
Bernh. Jahn, Köpenickerstr. 78, T. 263
Reinickendorf, Hansstr. 2
Paul Jarrach, Sprengelstr. 23
Jendreyko, Immanuelkirchstr. 10
Fr. Jendreyko, Ohmstr. 9
O. Jeske, Libauerstr. 1
Fr. Jung, Eilbstr. 6, Neukölln
B. Kankak, Lichtenbergstr. 21
A. Kalb, Rostockerstr. 21
F. Klusewetter, Schivelbeinerstr. 15
R. Kluske, Wilmersd., Lehderstr. 120
J. Kluck, Residenzstr. 152, Reichend.
Bäckerei, Konditorei Paul Koehn
Baderstr. 42
E. Kleinert, Schusterstr. 192
Max Kollert, Landeb. Allee 29
Friedrich Knop, Bodestr. 31
Paul Köbernick, Wih. Stolperstr. 53
A. Kosmehl, Nolln., Donaustr. 30-50
Albert Kramarek, Adalbertstr. 44
A. Kosubek, Sparrstr. 4
Josef Krull, Wilmersd. 179
Alb. Krutz, Cadinerstr. 19
F. Krogenschmar, Rykestr. 7
Landr.-Bäck. Kröcher, Silesierstr. 30
C. Kunze, Liebigstr. 1
Langestr. 40
Karl Kumerle, Telesz u. Altessteine
Max Kubi, Triftstr. 9
Felix Kynast, Dänenstr. 3
Ew. Liesegang, Damsigerstr. 42
Adolf Linde, Lichtenb., Wilmersd. 71

Ender's Brauerei
u. m.
H. Ender, Chausseestr. 17, N. 10490

Carl Richter Weibbier,
Schönhaiderstr. 20

Brauerei Königstadt
feinste Qualitätsbiere.

Groterjan
Malzbier, Prinz-Allee 78-80, N. 4768

C. Habels Brauerei
hell - Habelbräu - dunkel.

Goldbier
ist nicht nur ein
Erfrischungsgetränk, sondern
auch ein
Gesundheitsbier ersten
Ranges.
Berliner Unions-Brauerei, Berlin 8.

Weissbier - Caramelbier
Brauerei E. Wilmert
Pankow.

Löwen-Brauerei
vortzliche Pils- und
Flaschen-Biere.

Münchener Brauhaus
Berlin und Oranienburg
Brauerei Pfleiferberg.

Schloßbräu-Flaschenbier
die Qualität ist hervorragend

Trinkt Wanninger Bier!
Verlins-Brauerei Teutonia, NW 97.

Weissbier, C. Breithaupt,
Fallandenstr. 97, Tel. A. VII. 204.

Weibbier C. Landre Akt.-Ges.
Weibbier-Gebr. Morz, Jannstr. 31

Alkoholfreie Getränke
Franz Abraham
Bank Meissner u. Römerstr. 11
C. 23 Baristr. 2a, Fernsp. Kg. 12708

Bandagen, Gummivarren
R. Banke, Stralauer Str. 56
Berkholz, Köpenickerstr. 70
J. Koberich, Rosenthalerstr. 25
A. E. Lange, Brunnenstr. 193
Liepe, Schönberger, Grödenstr. 39
Neuer, P. Mll., Berlinstr. 49-50
H. Neusch, Breitenstr. 24, Spandau
Nicolaï N., Lindenstr. 127
J. Ch. Polmann, Lehderstr. 58
H. Spranger, Reinickendorf, Str. 11

Beerdigungsamt, Sargmag.
Berl.-Sargfabr. L. Löwen, Gerichthofstr. 71
J. Lützenbach, Gerichthofstr. 26
Max Fuchs, Frankfurter-Allee 176
F. Herzog, Kottbusserstr. 7

O. Wiedemil, Berl. Christenst. 14
Pankow, Berlin, SE. 12
Mlle. Reichardt-W. W. Vkt.-All. 85
W. Wade, Reinickendorferstr. 119
H. Petersen, Streifenstr. 8
Theod. Poesche, E. Hauptstr. 8, Allee
A. Springmann, Buchenweg 44-47

Beleuchtungsgegenstände
Böttner, A., Danzigerstr. 26.

Brotfabrik
Liebig's Zerpenschleuser
Landrot
Zu fordern in allen Geschäften

Butter, Eier, Käse
H.P. Biedermann Inmann-
kuchl. 26

Concordia-Butterhandl.
des Ostens
Danne, Karl Chorinerstr. 36
Eler-Körch, ex. res. ex. Tel. Adm. 15
15 Detail-
geschäfte

Bruno Freche
Wilhelm Göbel
25 eigene Filialen.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Bierbrauerei, Bierhdlg. *
Brauerei Bötzwil
empfiehlt
Qualitätsbiere
ersten Ranges.

W. Adelung & A. Hoffmann
Akl.-Brauer, Potsdam, Eg. Biederl.
Berlin SW, Tempelhofer Ufer. 15
Brandenburg u. W. Wilmersd. 118
Spez. Potsd. Stangenbier

Berlin Bierbrauerei-
Gesellschaft m. b. H. 1
Assack, Brunnenstr. 2, Kastanienallee 63

**A. Doll, Weib. Sekt, Brauer, 136-137
Hempel, E., Müllerstr. 136-137,
Luisenbräuerei Weidensee.**

Ender's Brauerei u. m.
H. Ender, Chausseestr. 17, N. 10490

Carl Richter Weibbier,
Schönhaiderstr. 20

Brauerei Königstadt
feinste Qualitätsbiere.

Groterjan
Malzbier, Prinz-Allee 78-80, N. 4768

C. Habels Brauerei
hell - Habelbräu - dunkel.

Goldbier
ist nicht nur ein
Erfrischungsgetränk, sondern
auch ein
Gesundheitsbier ersten
Ranges.
Berliner Unions-Brauerei, Berlin 8.

Weissbier - Caramelbier
Brauerei E. Wilmert
Pankow.

Löwen-Brauerei
vortzliche Pils- und
Flaschen-Biere.

Münchener Brauhaus
Berlin und Oranienburg
Brauerei Pfleiferberg.

Schloßbräu-Flaschenbier
die Qualität ist hervorragend

Trinkt Wanninger Bier!
Verlins-Brauerei Teutonia, NW 97.

Weissbier, C. Breithaupt,
Fallandenstr. 97, Tel. A. VII. 204.

Weibbier C. Landre Akt.-Ges.
Weibbier-Gebr. Morz, Jannstr. 31

Alkoholfreie Getränke
Franz Abraham
Bank Meissner u. Römerstr. 11
C. 23 Baristr. 2a, Fernsp. Kg. 12708

Bandagen, Gummivarren
R. Banke, Stralauer Str. 56
Berkholz, Köpenickerstr. 70
J. Koberich, Rosenthalerstr. 25
A. E. Lange, Brunnenstr. 193
Liepe, Schönberger, Grödenstr. 39
Neuer, P. Mll., Berlinstr. 49-50
H. Neusch, Breitenstr. 24, Spandau
Nicolaï N., Lindenstr. 127
J. Ch. Polmann, Lehderstr. 58
H. Spranger, Reinickendorf, Str. 11

Beerdigungsamt, Sargmag.
Berl.-Sargfabr. L. Löwen, Gerichthofstr. 71
J. Lützenbach, Gerichthofstr. 26
Max Fuchs, Frankfurter-Allee 176
F. Herzog, Kottbusserstr. 7

O. Wiedemil, Berl. Christenst. 14
Pankow, Berlin, SE. 12
Mlle. Reichardt-W. W. Vkt.-All. 85
W. Wade, Reinickendorferstr. 119
H. Petersen, Streifenstr. 8
Theod. Poesche, E. Hauptstr. 8, Allee
A. Springmann, Buchenweg 44-47

Beleuchtungsgegenstände
Böttner, A., Danzigerstr. 26.

Brotfabrik
Liebig's Zerpenschleuser
Landrot
Zu fordern in allen Geschäften

Butter, Eier, Käse
H.P. Biedermann Inmann-
kuchl. 26

Concordia-Butterhandl.
des Ostens
Danne, Karl Chorinerstr. 36
Eler-Körch, ex. res. ex. Tel. Adm. 15
15 Detail-
geschäfte

Bruno Freche
Wilhelm Göbel
25 eigene Filialen.

F. HAGEN
22 Verkaufsstellen 22

Wih. Pleh, Buttergroßhdlg.
Berlin O. 27, Alexanderstr. 12
(Kottbuscherstr.) Fernsp. N. 2337

Kosmalla, E., 4 Detail-
Geschäfte
Fritz Muth, Butterhandlung.

„Nordstern“
„Mercur“

Paul Reinike Butter
en gros
Berlin S. 40, T. Am Moritzpl. 71
Direktimport, Lieferant viel.
Konsum-Veroline, Ver. 50 Offerte.

Schröter, R.
43 Verkaufsstellen 43

Gust. Schultze & Sohn
Wiener Str. 65
Butter, Eier, Käse
Ch. Sternschem
Wrangelestr. 64
Eiergroßhdlg.

Uhlly & Wolfram
Vereingte 48
Pommersche Verkaufsstellen.

C. F. Wienstruck
en-gros Butter en-detail
S.-W., Leipzigerstr. 82.

Bettfedern, Betten
„Hoh. Braunsbergerstr.“
W. Liebreich, Jablonstr. 4.

Blumen und Kränze
G. Damerius, Maxstr. 15c
Drescher Jr., Landbergerstr. 115
H. Dörkop, Schöhaiderstr. 154, N. 2448
Jul. Großer, Fankow, Florast. 94
M. Klenow, Triftstr. 9
Menzel, Neukölln, Bergstr. 110/111
A. Mühl, Schöhaiderstr. 1, Reichend.
W. A. Schneider, Bismarckstr. 31-32
Tomaszewski, Wilmersd., Lichtenb. 12
R. Wagner, Fankow, Wollankstr. 414
W. Wilke, Friedenstr. 95

Cacao, Schokolad., Confitur.
Adler's Konditorei, Wrangelestr. 87

Fordern Sie
Kakao und Schokolade
Wesenberg

Cyliax, G., Filialen 141
in Stadtteilen.

Seiffert, E., Filialen in Berlin
und Vororten

Cigarrenfabriken
W. Beck
Inh.: Herm. Gorbach
Charlottenburg, Berlinstr. 85-89
Fleisch- und Wurstwarenfabrik.

Fritz Becker, Loderstr. 40
A. Bentele, Theaterstr. 21
R. Bergmann, Försterstr. 10
Rich. Beust, Kastanien-Allee 103
C. Billepock, Götterstr. 11
K. Billepock, Pfingststr. 17
Max Bornmann, Mantelhofstr. 22
Franz Borsch, Lieberkestr. 22
Fr. Brauer, Neukölln, Wilmersd. 56
Willy Derfmann, Wilmersd. 82
Thilo Dörgerloh, Lieberkestr. 22
Gustav Döbel, Prenzlauerstr. 49
Bruno Dör, Nanteuffelstr. 39
Hermann Dreyer, Stadtbahnhof
Wrangelestr. 54 Brunnen 22
Frankfurter Allee 126
Gontardstr. 2 Ein-
gang vom Flur.

A. Engel, Greifswalder Str. 140
A. Fahl, Nolln., Lieberkestr. 15
P. Fenzler, Cöp., Flemingstr. 22
E. Fensch, Allee-Unterstr. 12
F. Fiege, Ruppinerstr. 23.

Fleisch-Verkaufs-Halle
H. Winter, Cöthenerstr. 17

Fleischerei, Franzler Allee 110
O. Friedrich, Mohlenstr. 27
Paul Friedrichs, Stephanstr. 44.

Oskar Gabler
Fleischwaren u. Wurstfabrik
Berlin N., Oranienburgerstr. 6.

Emil Getzlaff, Treskowstr. 48
Rudolf Galle, Fankow, Florast. 43
Wih. Geisler, Weidense, Lehderstr. 1
O. Göring, Greifswalderstr. 143
Willy Gerike, Petersburgerstr. 21
Albert Goltz, Frankf. Allee 121
Fr. Gerlach, Taugoggenstr. 14
H. Gerrens, Schöhaiderstr. 22
H. Grünwald, Köpenickerstr. 68
F. Gutsmiedt, Kolonnenstr. 32

E. Harzbecher
Bismarck-
Str. 8
Rudolf Homann, Akerstr. 62
G. Herrmann, Lichtenb., Oderstr. 7
P. Hindemith, Cöthenerstr. 14
C. Henschler, Lützenstr. 13
A. Heusch, Kolonnenstr. 18
R. Hoffmann, Potsdamerstr. 74
R. Hübshütter, Potsdamerstr. 46
V. Hübshütter, Zöllnerstr. 10
Hubrich, Ramlowerstr. 23
Fr. Jaitz, Bornholmerstr. 79.

Janik, C. Köpenicker-
str. 5.

J. Januchowicz, Bornholmerstr. 14
Fr. Jaitz, Kottbusserstr. 14
R. Jung, Pasteurstr. 13
R. Just, Nollenerstr. 6
Robert Kauer, Weidenseweg 6
W. Kessner, Cöthenerstr. 23
O. Kluske, Kreuzbergstr. 17
Th. Klipper, Akerstr. 107
H. Klöpfer, Fankow, Friedländerstr. 107
Emil Köpcke, Schöhaiderstr. 31
Ernst Köpcke, 112, Wilmersd. 16
H. Köpcke, Brunnenstr. 29
Krumm, Reich., Grödenstr. 39
Wih. Kurg, Wrangelestr. 83
G. Lange, Lieberkestr. 22
H. Leibniz, Nolln., Schöhaiderstr. 16
Neukölln,
Rob. Lindner, Silesierstr. 8.

Drogen und Farben
O. Barkow, Weidenseweg 72
Beckel-Drogerie, Cöthenerstr. 10
E. Beckmann, Weidenseweg 15
H. Borkert, Friedenstr. 26
Drogerie Lippingerstr. 33
Drogerie Südow, Exerzierstr. 28
Farnow-Drogerie, Damsigerstr. 39
Al-Glückh., B. Kottbusserstr. 41
M. Gürlich, Drog., Schöhaiderstr. 11
G. Jürgens, Wilmersd. 22
W. Klemm, Berg-Strassenstr. 27
F. Kullmann, Prinz-Allee 87
O. Kretschmar, Rosenthalerstr. 67
Kreih's Drogerie, Fennstr. 81
Königs-Adler-Drogerie, Eilbstr. 7

Leukwitz-Rieckmann, E.-Wilmersd. 23
Lennu-Deog, Nolln., Lenastr. 22
Karl Schf., Jannstr. 27
Alfr. Marsch, Cöthenerstr. 27
F. Harms-Drogerie, Nolln., Jannstr. 24
F. Harms-Drogerie, Fankow, Götterstr. 24
Schweibeler-Drogerie, Schöhaiderstr. 23
Franz Riek, Schöhaiderstr. 15.

Hermannstr. 57 Neukölln
G. R. Frenzel

Hugo Schultz, Müllerstr. 166
Hyg. Gummi-, Photogr.-Artikel.
Werder-Drogerie, Britz, Bismarckstr. 54

W. Allmer, Mülackstr. 24
K. Baumann, Reinickendorferstr. 110
Herrn. Braun, Landeb. Allee 49

Otto Belg Grüner Weg 40
Wrangelestr. 59.
Emil Braun, Adressstr. 73 Eke Dresd.
G. Brucklacher, Oranien-
str. 64, 4.
A. Elbertin, Akerstr. 152.
F. Fack, E. Spand., Schöhaiderstr. 24
Carl Jung, Stromstr. 21.
A. Jbold, Tempelh., Berlinstr. 110
W. Knuth, Wiefelstr. E. Oidenbergstr. 7.
K. Kottbuscher, W. Schöhaiderstr. 141
O. Lehmann, Nolln., Friedländerstr. 3.
Carl Pagel, Wilmersd. 62
H. Palm, Frankf. Chausseestr. 61-6
Rühlmann, P. Müllerstr. 40b, E. Seent.
F. Schmitt, Fiedlerstr. 10, E. Schöhaiderstr.

G. Wernicke vorm. Alb. Blanke.
Reinickendorf, Str. 123.

Essigfabriken
Glagow & Schwabe Götischer
Straße 63.
Gebr. Lavatscheck Cöpenick
Fleisch- u. Kettfabrik.

Timmer-Essig
überall erhältlich!

Fahrräder, Nähmaschinen
Otto Heinze, Brückenstr. 6.
A. Mige, Residenzstr. 123, Reinickendorf

Fische, Conferven
Alb. Bellke, Wustenerstr. 66, Rinkow
Max Flinck, Adalbertstr. 12
Hoffmann, Cöth. Str. 17, Nolln. 11299
O. Kottbuscher, Rinkow, Gr. Frankf. 31 123

Färbereien, Wäschereien
F. Färberei u. chem. Wäscherei
f. Herren- u. Damen Garder.
Läden in allen Stadtteilen
Berlin, Bismarck, Schönberg

Größ-Dampfkessel „Sprengel“
Berlin 100, Forsterstr. 5-8
Tadellose Waizen; Billigste Preise

O. Naefe
Färberei u. chem. Wäscherei
f. Herren- u. Damen Garder.
Läden in allen Stadtteilen
Berlin, Bismarck, Schönberg

Fleisch- u. Wurstwaren
Franz Ahlrep Gasthof, Stadtkasseler
10 u. 11a, Fankowstr. 10
St. Anst., Alexanderstr. 1, Wasserleit.

R. Bachmann
Gerichthofstr. 11 N. 11641.

W. Beck
Inh.: Herm. Gorbach
Charlottenburg, Berlinstr. 85-89
Fleisch- und Wurstwarenfabrik.

Fritz Becker, Loderstr. 40
A. Bentele, Theaterstr. 21
R. Bergmann, Försterstr. 10
Rich. Beust, Kastanien-Allee 103
C. Billepock, Götterstr. 11
K. Billepock, Pfingststr. 17
Max Bornmann, Mantelhofstr. 22
Franz Borsch, Lieberkestr. 22
Fr. Brauer, Neukölln, Wilmersd. 56
Willy Derfmann, Wilmersd. 82
Thilo Dörgerloh, Lieberkestr. 22
Gustav Döbel, Prenzlauerstr. 49
Bruno Dör, Nanteuffelstr. 39
Hermann Dreyer, Stadtbahnhof
Wrangelestr. 54 Brunnen 22
Frankfurter Allee 126
Gontardstr. 2 Ein-
gang vom Flur.

A. Engel, Greifswalder Str. 140
A. Fahl, Nolln., Lieberkestr. 15
P. Fenzler, Cöp., Flemingstr. 22
E. Fensch, Allee-Unterstr. 12
F. Fiege, Ruppinerstr. 23.

Fleisch-Verkaufs-Halle
H. Winter, Cöthenerstr. 17

Fleischerei, Franzler Allee 110
O. Friedrich, Mohlenstr. 2

Lehranstalten
Handels-Kurse
Margarine und Kunstthong
Möbelfabrik und Versand
Rossien-Möbel
Gustav Richter
Glems. Steinke, Büschingerstr. 26
Tiele Nchl.
Möbelmagazine
Gedz
Friedrich Janitzkow
Möbel-Namerling
Lange, Max
Ferd. Joachim Nachfolg.
C. Linkogel, Poststr. 46
Möbel-Pich
H. Nolle.
Wih. Strohschneider
Mostrichfabrik
Glagow & Schwabe
Yamborini Mostrich überal!
Möbeltransport
Musikalien u. Instrumente

Musik-Lehranstalten
B. Leissring
Nahrungsmittel
H. John, Wörtherstr. 28.
Nähmaschinen
Bellmann, E.
Obst, Gemüse
C. Batt, NW.
Kleine Markthalle
Optiker, Mechaniker
Dase, Paul, N.
Patentanwälte
A. Kuhn, Pfl.-lag.
Pflandiehon
Schmidt, Fennstr. 3
Photographische Ateliers
R. Meier, Badstrasse 65.
Photogr. Apparate
M. Albrecht
Hugo Schultz
Pianos
Cosare Donadoni & Pohl
R. Vierling

Rechtsbüros, Detektive
Gustav Frank, Ackerstr. 155.
Neisser
Röblichlächtereien
H. Kahlbrock, Danzigerstr. 49.
Räucherwaren, Fische
D. Danielsohn, Kottbuserdamm.
Schneidereiartikel
Fritz Wildenhays, Elsässerstr. 3
Schirme, Stöcke
P. Knappe, Goebenstr. 2.
Schreibwaren
Rich. Blume, Pankow, Florastr. 11.
Schuhwaren, Schuhmach.
Fidelack, Lief. d. K.
Schneewittchen-Bleichseifenpulver
Tapeten, Wachstuche
Max Mörzel, Pankow, Schönstr. 18.
Uhren und Goldwaren
Kessler-Exp.-Werkst.
Max Busse
E. Nempel

G. Kerger, O. Grünbergerstr. 15
Kulobusch, W., Frft. Chaussee 95
Lehmann, N., Sebiansk. K-Wilb. Str. 85.
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 60
Schrammek, G. Frikol. 7 s. N. Jacobst. 19
W. Schroeder, Innasikirchstr. 25
F. Seiffner Nachf., Kolonnenstr. 99
Max Storch, Eibingerstr. 109.
Georg Weigel, Wrangelstr. 47.
Unterrichtsinstitute
Maschinen- u. Heizerausbildg.
Vericherungen
„Deutschland“ Berlin
Arbeiterversicherung - Schützen-
Sterbekassenversicherung, straße 5
„Iduna“ zu Halle a. S.
Weine, Liköre, Fruchtsäfte
Hugo Böling
Herm. Meyer & Co., Act.-Ges.
Sprit- und Likörfabrik
m. & W. Müller
Schneewittchen-Bleichseifenpulver
Warenhäuser
Carl Hoffmann
Wirtschaften, Etablissements
Berliner Nordpark
Beckers Festsäle
Café Metropol
Weiss, Max
Witte, Max

Hagenbeck's Café und Restaurant
Zum Original-Hackepeter
Hackepeter
Otto Hensel
G. Lehmann
Die erste selbstspiel. Doppelgelge
Patzenhofer
Patzenhofer-Ausschank
Riebeck-Ausschank
Original-Schultheiß-Ausschank
Riebeck-Bier-Ausschank
Yoghurt-Präparate
Yoghurt-Milch-Kakao
Zahnteller
Zahnarzt
Strauchmann
Weiss, Max
Witte, Max

Briz
Adlershof
Bohnsdorf
Fradersdorf
Königs-Weiterhauen
Butterhandlung Monopol
Kaufhaus Emil Bergmann
Max Leib
Franz Pöschner, Haus- u. Kuchengesch.
Otto Schamp, Eisenhandlg., Bauartikel, Haus- u. Kuchengesch.
R. Schatte, Schlichterei, Putzwaren
Schloß-Drogerie
W. Werdermann
R. Wilke
Lichterfelde
Mahlsdorf
Rud. Brunow
Mariendorf
Neukölln

E. Kogel, Kais. Friedr. Str. 30
Nieder-Schönhausen
Tegel
Spandau
Siemensstadt
Siemensstadt-Drogerie
Straubberg
Tempelhof
Wend
Weißensee
Wilhelmsruh
Zossen
Butterhandlung Monopol
Warenhaus S. Cohen

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, 6 Juni 1914.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Volgt-Theater. Das Ritterschicksal.
Anfang 5 Uhr.
Passage-Theater. Rino-Varité.
Anfang 7 Uhr.
Ag. Cyranabus.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Zum Hochfirt der Jungfrau.
Deutsches. Ein Sommerabendskizzen.
Kammerpiele.
Deutsches Opernhaus.
Leinag.
Schiller O.
Berliner Theater.
Kleines.
Theater am Nollendorplatz.
Friedrich-Wilhelmsstädt.
Rose-Theater

Schiller-Theater O.
Schiller-Theater
Berliner Theater.
Deutsches Künstlertheater
Friedrich-Wilhelmsstädt. Theater.
ROSE-THEATER

Theater a. d. Weidendammerbrücke.
Metropol-Theater.
Reederei Kahn & Herzer
Teupitz (Tornows Idyll)
Neue Mühle
Neu-Helgoland

Theater am Nollendorplatz 5.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Herr D'rektor Kuhlke

URANIA
Zirkus Busch.
Das Mirakel
ZOOLOG
AQUARIUM
Voigt-Theater
Admiralspalast.
Passage-Panoptikum.
Azteken!

Zirkus Busch.
Das Mirakel
WINTERGARTEN
Radjah
Folies Caprice.